

# Der Baugewerksbund

**Ablehnung der Allgemeinverbindlichkeit! Plais am Pranger!**

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Baumeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Mauer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachel- u. Steinzeugindustrie, in Schmelztöpfereien und Glasereien, in Papper- und Stickerbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Flößerer, Stiefel-, Ofen-, Stein-, Ziegel- und Terrazzoarbeiter

Redaktion: Döberitz, 1. März 1932. Monatsbeitrag 1,-. (ohne Postgebühren) Bestellungen mit durch die Post. Schluss des Ablasses Montag früh

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund  
Berlin SW 68, Friedebachstr. 5-8. Fernspr.: 2 7 0 0 0 0 7 5 5 0, 7 5 5 1, 6 2 0 0. Postfach: Berlin 65232

Vertrieb: Amt der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentral-Vertrieb. Geschäftsangelegenheiten nach Berlin durch: Werber, Berlin SW 11

### Die Allgemeinverbindlichkeit unserer Bezirksstarifverträge wiederum abgelehnt!

Endlich ist die Entscheidung gefallen: Das Reichsarbeitsministerium hat die beantragte Allgemeinverbindlicherklärung unserer Bezirksstarifverträge abschlägig beschieden. Etwas anderes war angesichts der bekannten Einstellung im Reichsarbeitsministerium nicht zu erwarten. Man beriet wohl vorher hin und her, man überlegte und ließ dabei kostbare Zeit verstreichen, aber das Endresultat war jedem Sehenden von vornherein klar. Und nun haben wir es schwarz auf weiß. Der uns aus den heiligen Hallen des Reichsarbeitsministeriums zugegangene Weisheitspruch sieht so aus:

Der Reichsarbeitsminister.  
III. Nr. 401/834 Jar.

Berlin NW 40, den 22. Februar 1932.

**Betr.: Anträge auf Allgemeinverbindlicherklärung der Bezirksstarifverträge für baugewerbliche Arbeiter im Bau-, Mauer-, Zimmer-, Beton-, Eisen- und Tiefbaugewerbe.**

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 hat zwar die Löhne des Baugewerbes in gewissem Ausmaße gesenkt; die hierdurch festgelegten Löhne sind aber bereits gekündigt oder auf baldigen Ablauf gestellt, so daß neue Verhandlungen in Kürze bevorstehen. Unter diesen Umständen frage ich Bedenken, die Lohnstarifverträge des Baugewerbes für allgemeinverbindlich zu erklären, um so mehr, als bei dem derzeitigen Beschäftigungsstand und der schwierigen Lage des Baugewerbes die allgemeine Durchsetzbarkeit der gegenwärtigen Löhne als sehr zweifelhaft anzusehen ist.

Ich bitte, Ihre Interessen, deren Anträge ich hierdurch als erledigt ansehe, zu verhandeln.  
gez. Dr. Stegerwald.

Zu dieser Verweigerung der Allgemeinverbindlichkeit und vor allem ihrer fulminanten „Begründung“ wäre einiges zu sagen. Dr. Stegerwald gibt zu, daß man dem schon lange im Reichsarbeitsministerium gehegten Herzenswunsch, die Bauarbeiterlöhne zu senken, nachgegeben ist, aber die Löhne seien nur in „gewissem Ausmaß“ gesenkt worden. Hier hört man ordentlich die Beklatschungen heraus, daß die Löhne nicht noch mehr gesenkt worden sind. Aber, sehr verehrt Dr. Stegerwald, konnte es denn anders sein? Die Löhne im Baugewerbe sind gesenkt worden nach den Vorschriften der vierten Notverordnung. Folglich haben das „gewisse Ausmaß“ doch Sie und Ihre übrigen Kabinettskollegen ausgekostet! Sie, Herr Doktor Stegerwald, haben doch notverordnung und Ihre Schlichter sind gehoramt eingeschlossen! Mehr als etwa 10% Lohnabbau im Höchstmaß konnte doch die Notverordnung beim besten Willen nicht hergeben! Und nun sind Sie erstaunt und samt Ihren Leuten gewissermaßen deprimiert, daß es denn doch nicht mehr geworden ist!

Geradezu erschütternd wirkt in dem arbeitsministeriellen Schreiben die Feststellung, die durch die Notverordnung festgelegten Löhne seien „aber“ bereits gekündigt oder auf „baldigen Ablauf“ gestellt. Aber, verehrt Herr Arbeitsminister, diesen „baldigen Ablauf“ haben doch wiederum Sie mit verordnet! Und daß — da die Löhne wie überall auch im Baugewerbe am 30. April ablaufen — man über die Löhne, die nach diesem 30. April Geltung haben sollen, zeitig verhandeln muß — diese fulminante Entdeckung hat man im Reichsarbeitsministerium erst am 22. Februar machen können!

Ferner wird in dem Schreiben auf den „derzeitigen niedrigen Beschäftigungsstand“ und die „schwierige Lage“ im Baugewerbe hingewiesen. Auch diese Feststellung wirkt geradezu erschütternd. Seit langen Monaten zwischen die Sperlinge von den Wächern, daß die Lage im Baugewerbe nicht nur „schwierig“, sondern katastrophal sei. Nun endlich nimmt auch das Reichsarbeitsministerium von dieser Tatsache gebührend Kenntnis. Aber war denn die Lage im Baugewerbe nicht bereits „schwierig“, als man im Reichsarbeitsministerium Arbeiter- sowie Unternehmervertretern gegenüber erklärte, wenn die Löhne im Baugewerbe auf Grund der vierten Notverordnung „neugeregelt“ seien, daß man dann auch mit der Allgemeinverbindlichkeit nicht mehr länger fackeln wolle? War denn damals schon die Lage im Baugewerbe nicht nur „schwierig“, sondern bereits katastrophal?

Man scheint im Reichsarbeitsministerium sehr schnell umzuturnen. Leider gehen dabei Axt und Glaube nicht. Allerdings, wenn die baugewerblichen Unternehmerblätter gegen die durch die Notverordnung festgelegten Löhne Sturm laufen und diesen Lohnabbau als „billig ungenügend“ und „untragbar“ für das Baugewerbe erklären, wenn

ferner vereinzelte Unternehmerorganisationen ebenfalls das Reichsarbeitsministerium befrachten, diese Löhne unter keinen Umständen für allgemeinverbindlich zu erklären — wenn dann das Reichsarbeitsministerium, das an sich ja stets geneigt scheint, Unternehmerwünschen weit eher als Arbeiterwünschen Rechnung zu fragen, an der er Meinung wird und umsetzt, dann ist das nicht mehr verwunderlich! Doch sei dem wie ihm wolle — jedenfalls liegt hier kein abgelschlossener Miß und eine Handlungsweise vor, die ganz verdammt Lehnlichkeit mit einem Vorwurf hat. Den bitteren Geschmack im Halse wird man nach einer solchen Feststellung wahrhaftig nicht mehr los...

Und dann die gar bewegliche Klage, daß „die allgemeine Durchsetzbarkeit der gegenwärtigen Löhne als sehr zweifelhaft anzusehen“ sei. Wie denn, Herr Reichsarbeitsminister? Verspricht denn die Allgemeinverbindlicherklärung nicht jeden Unternehmer, die von Ihnen im Baugewerbe festgelegten Löhne einzuführen? Gibt es denn keine Rechtsmittel mehr in Deutschland, wodurch man gegen Gesetz und Recht verstoßende Unternehmer zur Reife bringen kann? Nehmen wir uns in Deutschland auch in solchen Angelegenheiten bereits den Zuständen in Schweden? Jedenfalls fragen Sie, Herr Reichsarbeitsminister, wenn da und dort von den Baumunternehmern untertafellich zu jählen versucht wird, Ihr gerüttelt Maß Schulb an solchen Verhältnissen! Die Verweigerung der Allgemeinverbindlichkeit trägt ja in erster Linie dazu bei, die Konkurrenz der Arbeiter im Baugewerbe!

Wir kennen die besondere „Liebe“, die man im Reichsarbeitsministerium gegenüber der Bauarbeiterchaft tief versteckt im Herzen trägt. Die Bauarbeiter haben vermerkt, durch ihre festgelegten Organisationen ihre Löhne nach und nach auf ein einigermaßen erträgliches Niveau zu bringen. Dazu hatten sie allerdings ein doppeltes Recht! Einmal, um auf Grund ihrer Organisationsstärke und verbrieft durch die in der Reichsverfassung gewährte Koalitionsfreiheit ihre Lage zu verbessern, zum andern durch den Umstand, daß der Bauarbeiter viel größere Verdienstriften auf sich zu nehmen hat als irgendein anderer Arbeiter irgendeines anderen Berufs! Wauernd wechselt seine Arbeitsstelle, er verbummelt dadurch viel Zeit, er braucht ferner verhältnismäßig viel Zeit und Geld, um zur Arbeitsstelle und von dort nach Hause zu kommen, er muß durch den steten Wechsel der Arbeitsstelle vielfach doppelten Haushalt führen, er hat größeren Kleiderverehr, er muß nicht nur im Winter, sondern auch vielfach mitten im Sommer schlafen- und tagelang ausziehen wegen unangenehmer Witterung. Zudem ist er schon seit Jahren nicht mehr Saisonarbeiter, sondern nur noch Gelegenheitsarbeiter. Welche Forderungen findet man in seinem Katalog so gut wie gar nicht, dafür „entschädigt“ ihn die schier endlose Arbeitslosigkeit bis zum Zerbrechen. Ferner ist sein Sozialverhältnis Maximallohn. Auch erhält er keinerlei Sozialzulagen. Aber das alles ist für die Herren im Reichsarbeitsministerium belanglos! Die Herren dort sind partout der

Meinung, auch der Lohn im Baugewerbe sei zuzuführen nach der in anderen Gewerben üblichen Schablone, obwohl dort die Verdienstriften der Arbeiter bei weitem nicht so groß sind!

Eine solche Auffassung ist allerdings ungerecht und muß in höchstem Maße verbittern wirken. Aber die Schwerindustrie besteht sie von wegen des „schlechten Beispiels“, folglich muß das Reichsarbeitsministerium gehoramt nach rechts einschwenken. Ich, es hat ja als gefügiges Orakel für diese Herrschaften schon so viel getan, daß mehr für sie zu tun fast nicht mehr übrig bleibt...

Doch eine Preisfrage: Wie tief müssen die baugewerblichen Löhne stehen, um der Allgemeinverbindlicherklärung durch den Reichsarbeitsminister als würdig erachtet zu werden? Kürzlich erklärte ein hoher Ministerialbeamter dieses Ressorts, der Baukostenminister müsse, um die Bautätigkeit „anzukurbeln“ — ach, welch gutes Herz! — gegenüber der Vorkriegszeit auf 125 gegenüber 100 Punkten der Vorkriegszeit gesenkt werden. Verehrt Herr, Sie haben vorbegehurt. Auf 125 dürfte nämlich heute der Baukostenindex bereits stehen. Es erscheint notwendig, im Reichsarbeitsministerium eine besondere Kommission einzusetzen, um für die „Gründe“ herbeizufucheln!

Es läßt sich nicht wegwischen: Die „hohen“ Löhne im Baugewerbe sind manchmal „abgebenden“ Herren, obwohl sie herben sind, ihres hohen Amtes unwürdig zu wachen, ein Wort im Auge, aber, was das was, denn mit einem solchen Lohnabbau wirklich erreicht? In dieser Stelle sei dies Thema volkswirtschaftlich nicht erörtert. Aber es dürfte doch mal wieder die Zeit kommen, wo die Bauarbeiter fordern können, fordern auf Grund einer besseren Konjunktur und auf Grund ihrer straffen Organisationsverhältnisse. Dann aber sehr auch fast, Ihr Herren! Dann werden die Bauarbeiter Vergeltung üben! Das Maß ist ja schon jetzt aberrechtlich voll. Dann werden aber auch alle noch so weisen Machenschaften nichts helfen; dann wird es auch nicht lange dauern, bis wieder die dreimal verfluchte Ungleichheit der Löhne vorhanden sein wird! Man sollte sich demnach bei Zeiten versehen. Was wäre es, wenn man mit der Vorbereitung neuer Notverordnungen für solche Zukunftsfälle schon jetzt begönne?

Ein Verfahren gegenüber den Bauarbeitern, wie es in den Räumen des Reichsarbeitsministeriums beliebt wird, kann nur Groll und Erbitterung auslösen. Die Folge ist eine Steigerung der politischen Zersplittertheit in Deutschland. Man kommt in Regierungskreisen aus dem engen Zirkel des Lohnabbaus, der immer wieder neue Arbeitslosigkeit schafft, nicht heraus. Und dann jammert man über die Radikalisierung der Massen und wird dabei gar nicht gewahr, daß man fortgesetzt Wind sät, dem als Ernte nur der Sturm folgen kann. Das Reichsarbeitsministerium darf sich nicht wundern, wenn in der Arbeiterchaft das letzte Restchen Vertrauen zu dieser Einrichtung zum Teufel geht. Sie hat heute schon für dieses Ministerium nur noch die Bezeichnung „Lohnabbauministerium“. Wir müssen ihr nach solchen Vorgängen leider recht geben!

### Wen wählen wir zum Reichspräsidenten?

Der 13. März wird ein wichtiger Tag für Deutschland sein. In diesem Tage ist Reichspräsidentenwahl. Als Kandidaten für dieses höchste Repräsentantenamt in Deutschland sind bisher genannt: Hindenburg, Hiltner, Duesterberg und Thälmann. Hindenburg ist der Kandidat für den Block der Mitte, Duesterberg der Deutschnationalen Partei und des Stahlhelm, Hiltner der Nazis, Thälmann der Kommunisten. Scheinkandidaturen sind die von Duesterberg und Thälmann; beide haben keinerlei Aussicht, als Reichspräsident gewählt zu werden.

Die Sozialdemokratie hat für die Reichspräsidentenwahl keine Kandidaturen aufgestellt. Man fragt, warum dies nicht geschieht. Der Hauptgrund hierfür ist, daß auch diese Kandidatur völlig aussichtslos wäre. Deshalb will sich die Sozialdemokratie von einem erfolglosen Experiment fernhalten, sie will als ihr Pulver aufsparen für die preußischen Landtagswahlen. Mancher Gesinnungsgenosse — auch wir — hätte allerdings gern gesehen, wenn auch die Sozialdemokratie mit einem Kandidaten für den Reichspräsidentenwahl hervorgetreten wäre. Für diese Auffassung spricht eben falls mancher. So der Umstand, daß der erste Wahlgang nicht entscheidend sein dürfte und sich außerdem Gelegenheit böte, die der Sozialdemokratie zuzustimmenden Stimmen zu zählen. Im zweiten Wahlgang, in dem der als gewählt gilt, der die meisten Stimmen erhält ohne Rücksicht auf die Gesamtzahl der abgegebenen Stim-

men, hätte dann die Sozialdemokratische Partei wie bei der Wahl 1925 ihre Taktik ändern, ihren Kandidaten zurückziehen und sich für das „kleinere Übel“ entscheiden können. Jedoch politisch gesehen ist dies alles eine Frage der Taktik. Allerdings, wäre das deutsche Volk wirklich ein politisch abgeklärtes Volk, dann hätte man mit Aussicht auf Erfolg von sozialistischer Seite einen Mann zur Reichspräsidentenwahl aufstellen können, einen Mann, der über das Mittelmaß der deutschen Staatsmänner weit hinausragt, nämlich Otto Braun. Aber die große Mehrheit des deutschen Volkes ist immer noch politische Sinderhute. Keinem Käsehänder oder „beseren“ Schneidermeister würde es einfallen, Braun seine Stimme zu geben. Gewiß, er ist ein Staatsmann von Format und hat dies schon oft bewiesen. Aber er ist Sozialdemokrat. Und wir leben nicht in England. Ein Sozialist in Deutschland für jeden braven „Mittelmann“, der mit mummifizierter vorkriegszeitlicher Auffassung behaftet ist, etwas ganz Unmöglichkeit. Und aus eigener Kraft kann die Arbeiterchaft einem Sozialisten bei einer Reichspräsidentenwahl nicht zum Siege verhelfen. Dies kommt vor allem daher, daß die Arbeiterchaft gleich jenen, die im politischen Leben rechts stehen und ebenfalls, trotz Sozialbürger Front, nicht eingeworben können, politisch gleichfalls der Einheitsfront entschl. Geht man in der Arbeiterchaft allerdings sehr viel nach der „Einheitsfront“. Das tun vor allem dauernd

und ausgedröckel jene, die diese Einheitsfront zerstört und zerissen haben. So sieht sich durch die Arbeiterklasse ein weit klaffender politischer Spalt, der zurzeit unmöglich überbrückt werden kann. Aus diesem trostlosen Zustand reultiert aber auch vor allen Dingen die Frechheit der Reichsradikalen und der Umstand, daß eine Reichsregierung am Ruder ist, die der Arbeiterschaft nicht besonders angenehm sein kann und die schon allerlei Proben geliefert hat, die dem deutschen Proletariat nicht gefallen. Aber wir haben mit dieser Verhinderung zu rechnen, wir müssen sie bei unseren Betrachtungen als gegebene Tatsache in Kauf nehmen. Die Kommunisten halten zu ihrem Schätzmann. Gewiß, die für Wahl am n abgegebenen Stimmen sind Maschinengewehrfeuer, das an die Schützen zurückprallt, aber die Thälmannler sehen nun einmal bei all ihrer bornierten Blindheit den „Hauptfeind“ in der Sozialdemokratie. Dafür erntet die Volkswirtschaftspartei auch den Beifall aller unentwegten Reaktionskräfte...

Der ausrichtsrichtliche Kandidat ist diesmal Hindenburg. Er hat sogar einige Aussicht, bereits im ersten Wahlgang gewählt zu werden. Für uns Gewerkschafter entsteht nunmehr die Frage: wen wählen wir? Das Amt des Reichspräsidenten ist einflußreich. Es darf uns nicht gleichgültig sein, wer Reichspräsident ist. Es ist ein Unterschied, ob ein Reichspräsident gewählt wird, der legal und verfassungsmäßig zu regieren genehmen ist, oder einer, der mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung Schindeln treibt. Die Reichspräsidentenwahl ist auch deshalb von großer Wichtigkeit, weil die über verpflichtet sind, Notverordnungen durchzuführen. Nun steile man sich vor, wenn ein Hitler Reichspräsident würde. Er würde nur noch mit Notverordnungen hantieren, und zwar solchen Notverordnungen, gegen die die bisherigen der Reichsregierung das reine Kinderspiel wären. Dann aber könnte es sehr bald mit irgendeinem Lande zu einem ersten Konflikt kommen. Der Reichspräsident hat jedoch auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die Möglichkeit, eine Reichsreaktion gegen nicht „gehörig“ Länder durchzuführen. Es wäre der Fall denkbar, daß unter den gegebenen Umständen Hitler als Reichspräsident die Reichswehr gegen Preußen aufmarschieren lassen und dann die preußische Regierung gewaltsam aus dem Sattel heben könnte.

Dies eine Beispiel dürfte genügen. Schon aus diesem einzigen Grunde wäre Hindenburg einem Hitler oder Duesterberg ganz entschieden vorzuziehen. Hindenburg ist nicht unser Bannerträger. Er steht uns auch weltanschaulich fern. Er ist ein Militär aber preußischer Schule. Aber er hat nunmehr in den letzten Jahren seiner Präsidentschaft unheimlich um zuverfügung stellen, weil die Reichsverfassung ein hochgehaltener. Er tritt mit seiner Kandidatur für einen machtwortigen Demagogentum und dessen geistig völlig unklarer Nachfolger in den Weg im Bewußtsein unpathetischer Pflichterfüllung. Ohne Rücksicht auf sein hohes Alter und die krankenden Wunden derer, die ihn früher als den Bannerträger der Reaktion auf den Erdboden erobert und heute entkündigt „Kreuziget ihn!“ rufen, weil er es mit seinem Verfallungsgesetz erst genommen, hat er sich entschlossen, gegen dieses gewissenlose und bedenkenlose Demagogentum zu kandidieren. Und nun spricht bereits der Dreck aus der Demokratie verdrängt erscheint. In den „Erneuerter Deutschland“ gierig aufgeschluckt und in zweierlei Form ausgelesen...

Zweifellos ist also Hindenburg gegenüber den Hitler, Duesterberg, Duesterberg und Konforten das weitaus kleinere Übel. Während die Repräsentanten der „nationalen Front“ alles Arbeiterrecht — und die Arbeiterschaft in Deutschland hat immer noch weit mehr als ihre Ketten zu verlieren — erdrosseln wollen durch blutige Diktatur, bietet Hindenburg seiner bisherigen Präsidentschaftigkeit entsprechend die Gewähr, daß trotz aller Not und allem Elend die Weimarer Verfassung und damit in späteren besseren Zeiten der Aufstieg der Proletariatsmassen in die Höhe des Reiches und der Demokratie verdrängt erscheint. Deshalb gehören am Tage der Reichspräsidentenwahl unsere Stimmen Hindenburg. Jedes kleinliche Bedenken muß verschwinden gegenüber der unabwiesbaren Aufgabe, unter allen Umständen die Wahl eines diktatorialisieren Despoten zu verhindern. Jedes Mittel muß uns recht sein, um diesen gewissenlosen politischen Strauchhiffen den Weg zur Macht zu verlegen. Können die Reaktionskräfte mit der wirtschaftlichen Einstellung eines Sklavenentzuges und mit der politischen Einstellung eines Gemaltesknopfes aus den folgenden Zeiten Frieden und Wohlstand zur Macht, dann frische Diktatur und rauchendes Chaos zu und die Arbeiterschaft würde maßlos enttäuscht und geknechtet. Die urteillichen Zustände des



Die Trauben sind zu fauer!

Sklaventums würden wieder auflieben. Deshalb müssen wir unsere Stimmen Hindenburg geben!

Noch einige Worte zur Kandidatur Thälmann. Sie ist — wie schon ausgeführt — vollkommen aussichtslos. Aber jede Stimme für Thälmann heißt Hindenburg und zählt für die Wahl. Vor allem trübe dies auf einen etwaigen zweiten Wahlgang zu. Aber es ist nicht wahnwitzig manchmal so aus, als ob sich die Kommunistische Partei im politischen Reichismus auswirken möchte. Ihre gesamte Taktik kann bisher immer nur der extremen Rechten zugute. Wehe nicht nur uns, wehe auch vor allem den Kommunisten, wenn Hitler Reichspräsident würde! Aber durch unerforschten Reichsmaß der Volkswirtschaften ist es nun einmal beschlossene Sache, Hitler und seine „Volksleute bei ihrem Aufstieg zur Macht“ als untertänige Reibburgen die Steigbügel zu halten und die Sozialisten als die „Hauptfeind“ im Grund und Boden zu schmettern. Diese Politik ist nach beiden Seiten hin vollkommen verdrängt, findet dafür aber den Beifall der Reaktionsäre aller Schattierungen. Mit wahrer Wonne drückte er am 22. Februar das Scharfmacherepithel „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die Kommunisten an ihr hochschlagendes Hiltelberg und sagte, die Kommunistische Partei sei „praktisch eine wertvolle Hilfsgruppe des Vürgerturns“. Auch in unseren „Politischen Zeitnotizen“ bringen wir ein Beispiel der Unternehmerrückständigkeit, die die Volkswirtschaft, unterwürdig am Opferaltar der Antimarktlagen knien, auf silbernen Schalen dem Kapitalismus darbringen. Für uns jedoch ist klar: Wir wollen in Deutschland weder das Chaos noch irgendwelche Diktatur! Unter beiden hätte am meisten die Arbeiterschaft zu leiden. Deshalb sei nochmals ganz besonders betont: Wer noch irgendeine klare politische Denken bewahrt hat, der möge Augen nicht durch hyperpolitische Scheuklappen zugehängt sind, vor Chaos und Diktatur verhindern will, der gibt seine Stimme bei der Reichspräsidentenwahl bereits im ersten Wahlgang Hindenburg! Unter den gegebenen Umständen verbringt nur seine Wahl die ruhige Weiterentwicklung Deutschlands und zeigt am fernen Horizont den Trost, daß die Arbeiterschaft in besseren Zeiten unter demokratischem Recht wieder einer schöneren Zukunft aufstehen kann!

## SW Blick ins Dritte Reich. SW

Ist die Nazipartei gewerkschaftsfreundlich oder gewerkschaftsfeindlich?

Zur großen Offensive gegen die Gewerkschaften hat die Nazipartei wieder einmal ihre Betriebszellenorganisation angelehnt. Wir berichten darüber in einem besonderen Aufsatz. Aber da die Reichspräsidentenwahlen vor der Tür stehen, möchten sich die Hitler-Leute als ganz besonders „gewerkschaftsfreundlich“ aufspielen. So schrieb kürzlich der Nazi-Kämpfer im „Westdeutschen Beobachter“, der Nationalsozialismus sei keineswegs gewerkschaftsfeindlich, er könne es auf Grund seines weltanschaulichen Aufbaus auch gar nicht sein. Wunderbar tröstlich. Aber einige Zeilen weiter widerspricht sich der gute Mann, er behauptet, „vor Jahren sei die Arbeiterschaft fortwährend für nutzlose Dinge in den Streik geführt worden.“ Unter „nutzlose Dinge“ versteht dieser Naziabwärtling jedenfalls geforderte Lohnsteigerungen. Jedoch der „Nationalsozialistische Parlamentsdienst“ ist noch deutlicher. Am 4. Februar konnte man dort folgendes lesen: „Die Hitler-Bewegung ist nicht gegen die Gewerkschaften. An sich steht die Hitler-Bewegung den Gewerkschaften befeindend gegenüber, ihr Kampf richtet sich nur gegen den klaffen-kämpferischen Geist der Gewerkschaften.“ Da haben wir den Salat! Mit anderen Worten heißt das, daß den Gewerkschaften das Streikrecht genommen werden soll, denn jeder Streik ist ein Kampf der Arbeiterklasse gegen die Internermerklasse, also ein Klassenkampf. Demnach werden im Dritten Reich nur von jedem Klassenkampfe reinetliche gelbe Arbeitervereine gebildet. Aber was sagie denn Hitler selbst am 1. Februar in der Reichstagsrede, „jedemfalls nachdem er sein Kuerer an Eweilen und Götterken für 21. A. intus hat? Eine reaktionäre industrielle Korrespondenz hat darüber berichtet. Danach laute Hitler: „An den

heutigen Zuständen ist das Fehlen des nationalen Gedankens schuld. Dazu hat die Sozialdemokratie seit der Revolution planmäßig beigetragen. Die Sozialdemokratie wird gestützt durch die Gewerkschaften. Die ich sage ich den stärksten Kampf an. Es haben nicht nur das nationale Bewußtsein zerstört, sondern auch die Persönlichkeit vollkommen erdrückt. Jeder Mann muß auf dem richtigen Posten Nichtiges leisten. Dabei muß es aber doch starke Unterschiede geben. Manche seien der Auffassung, Eigentum sei Diebstahl, aber der Unterschied in der Persönlichkeit ergebe auch Unterschiede im Besitz und in den sonstigen Verhältnissen. Ich plädiere jedenfalls für das Recht der Persönlichkeit und erkläre ich diesen Kampf gegen die Gewerkschaften!“ Wierufen hat Hitler gegen die Nazidicht nicht. Wir sagen: Deutlicher als Hitler kann keiner die nationalsozialistische Gewerkschaftsfeindlichkeit zum Ausdruck bringen. Das Schwerunternehmertum (seine Subjektivität) wird durch behaftet geschnitten haben. Es wird noch mehr geschnitten haben, als Hitler sagte, die Nationalsozialisten wollen bei einer Mächtigkeitsfeier die Tarifverträge so „umgestalten“, daß jeder Arbeiter ein Existenzminimum hat. Unter Existenzminimum versteht Hitler jedenfalls das gleiche wie unsere schwerindustriellen Scharfmacher: Zum Leben zu wenig, zum Sterben etwas zu viel. — Sei dieser Gelegenheits sei auch daran erinnert, daß die nationalsozialistische „Volksparole“ in Düsseldorf feierlich schrieb: „Der Tarifvertrag ist nichts anderes als ein rückwärtsloser Schritt zweier an sich gleichberechtigter Vertragspartnern entstandenes Produkt und somit ein tief bedauerndes Armutsgewinnis einer mit Volk und Vaterland nichts mehr gemein habenden geistigen Einstellung.“ Und der nationalsozialistische Abgeordnete Böger sagte nach der „Deutschen Handelsmacht“ in einer

Verammlung: „Der Kampf der Gewerkschaften um die Angestelltengehälter ist selbsthätige Tarifpolitik.“ Muß da nicht jedem industriellen Scharfmacher vor Freude das Herz im Leibe laden?

Die Nazis sind auch gegen Sozialisierung.

Der christliche Gewerkschaftsführer Jmbuch hatte bekanntlich in einer kombinierten Verammlung die Verstaatlichung der Bergwerke gefordert. Dazu schrieb am 9. Februar das Naziblatt des Ruhrgebiets, die „Eiserne Nationalzeitung“: „Der größte Fehler des Gewerkschaftsführers Jmbuch ist aber, daß er übersehen hat, daß die Verstaatlichung der Bergbau die größte Konzentrierung und die weitest gehende Entpersönlichung ist, die man sich vorstellen kann. In einem solchen Rahmen wäre der Gedanke des werteschaffenden Menschen eine Farce geworden.“ Das ist ein Bekenntnis zum Privatkapitalismus, wie es deutlicher nicht abgelegt werden kann. Auch die schmerzlich Bergberren haben ihr Geld in der Nazipresse nicht schlecht angelegt!

Nazis, Sozialisten und Erwerbslose.

Ueber „Neuadel aus Blut und Boden“ schreibt der Leiter der Landwirtschaftsabteilung in einem mit gleichem Titel versehenen Buch auf Seite 51: „Liberalismus und Marxismus haben es auf dem Gewissen, wenn heute in unserm Volkshörper die Geheße des Lebens mischaltet und verpöppelt werden. Nur so läßt es sich erklären, daß ein Volk von der hochwertigen Züchtungsanlage wie das deutsche den Wahnsinn hat, die Gelunden für die Mindestarbeiten zu lassen und durch ausgiebige — angeblich soziale — Gelegenheiten auch noch dafür Sorge zu tragen, daß einem Untermenschen die weissen Lebensmöglichkeiten bleiben.“ Ja, das ist so der Standpunkt dieser „Edelrasse“! Das Arbeitsrecht ist Humberg! Tarifverträge und Sozialgesetzgebung sind Humberg! Die Erwerbslosenfürsorge ist Humberg! Wehe! Wehe! Welche Wohltaten kommen ja nur dem „Untermenschen“ zugute. Und wie kämen denn die Gelunden dazu, für Kranke, Invalide oder Arbeitslose einzutreten? Wie steht es aber da mit den erwerbslosen „Edel-Leuten“? Wie gehen hoch a u ch stempeln und ziehen aus der Erwerbslosenfürsorge Nutzen! Gebären diese „rauben Kämpfer“ a u ch zum „Untermenschen“? Nach unserer Ansicht und nach ihren bisherigen Leistungen ja, aber nach der Doktrin der Nazigrundhose sollen sie doch auch „Edelrasse“ sein. Wie reimt sich das zusammen? Jedenfalls geht aber aus solchen Aufstellungen hervor, wie sich die Naziabwärtlinge das Arbeiterleben im Dritten Reich vorstellen!

Wie stehen die Nazis zur Verkürzung der Arbeitszeit?

Natürlich bemüht man sich in der Nazi-Literatur wie überall um das Problem der Arbeitslosigkeit. Kürzlich hatten wir Gelegenheit, in eine Broschüre zu blicken, die ein Herr Oskar Lorenz, Referent für Sozialpolitik in der Reichsleitung der DSDAP, herausgegeben hat. Etwas Neues erzhält uns Lorenz nicht. Er empfiehlt Siedlung, die berühmte Arbeitsdienstpflicht und inflationistische Maßnahmen. Aber dafür nimml er heftig gegen die Forderungen der Gewerkschaften zur Verkürzung der Arbeitslosigkeit Stellung. Er sagt dar: Die erste Forderung der Gewerkschaften ist Verkürzung der Arbeitszeit. Dies ist ein Stundenmodell! Als ob das deutsche Volk an einem Leibesmaß von Arbeit zugrunde ginge und nicht an der Arbeitslosigkeit! Wenn die Gewerkschaften den Arbeitslosen durch Einführung der Vierzigstundennote Arbeit verschaffen wollen, so machen sie alle deutschen Arbeiter zu Hungerleibern. Im nächsten Jahr können wir dann bei der Zwanzigstundennote angelangt sein, im übernächsten bei der Dreißigstundennote. Das ist nicht nur volkswirtschaftlicher Wahnsinn, das ist Verdracht an der heucheligen Arbeitslosigkeit Stellung. Eine Erhöhung der Arbeitszeit würde heute lediglich inflationistische Wirkungen hervorgerufen und die Reallohn des Arbeiters nicht erhöhen, sondern viel eher gefährden. Durch den Abbau der Agrarzölle, den die Gewerkschaften fordern, würde die letzte sichere Arbeitsgelegenheit, die das deutsche Volk hat, zerstört werden.“ Nach dieser Leistung zu urteilen ist dieser Herr Referent für Sozialpolitik ein vollkommener volkswirtschaftlicher Analphabet. Seine Leistung ist nicht einmal als Anfangsergebnis zu werten. Mit Draulen steht er jeder Verkürzung der Arbeitszeit entgegen, als wenn es in Deutschland keine Arbeitslosen und keinen unbedeutenden Fortschritt in der Technik gäbe! Dinge es nach seinem Rezept, er würde für die Arbeiter die Zweidreißigstundennote das Ideal sein. Schlecht! Schlecht! würden dann so viele wie es heute Arbeitslose gibt noch Beschäftigung haben, während die vielen Millionen der übrigen Arbeiter und Angestellten für den Arbeitsprospekt überflüssig wären. Bezeichnend ist auch die Vorliebe des Autors für hohe Agrarzölle. Man fällt ordentlich die Verbeugung dieses Referenten für Sozialpolitik vor den großagrarischen Dringen, Fürsten und Baronen! — Und in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“ vom Februar 1932, in denen man sich mit der Frage der Arbeitsbeschäftigung, in einem Aufsatz wird mit vielen rechnerischen Zahlen spielertunfalschen ein Arbeitsbeschäftigungsprogramm empfohlen, dessen Finanzierung einfach unmöglich ist. Die ganze Stellungnahme zur Finanzierungsfrage spielt dort in dem Satz: „Notstandsarbeiten sind Kapitalanlagen der Volkswirtschaft und müssen aus grundsätzlicher und praktischer Notwendigkeit ohne Zulassung des Reichkapitals finanziert werden.“ Wie das geschehen soll, wird nicht verraten. Und was die Notstandsarbeiter für ihre Arbeit bekommen sollen, zu welchen Bedingungen sie überhaupt fronden sollen, wird ebenfalls nicht verraten. Auf allen Gebieten greift uns so die Unfähigkeit dieser „Edelrasse“ entgegen!

Wie stehen die Nazis zum Siedlungsproblem?

Ein Architekt Karl Fischer legt sich in der Februarnummer der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ für Gruppenbedingungen ein. Er sagt: „Hier hat die nationalsozialistische Tätigkeit einzuleiten, die Vertreter der Länder und Gemeinden haben mit allen Kräften, die ihnen zur Verfügung stehen (und hier vertritt die ganze Gemeinschaft mit hochtönen anerkannten Siedlungsarchitekten und Architekten, mit ehemaligen Freiropfsführern und Männern, die bereits gesiedelt haben, mit Gruppen-, Standarten- und Sturmführern) zu arbeiten und dafür zu sorgen, daß rein nationalsozialistische Trupps zusammengefaßt werden und gemeinsam mit ihren Familienmitgliedern Gruppenbedingungen bebauen. Die Arbeitsbeschäftigung darf unter keinen Umständen den Vorrang erhalten und die Kommunisten überlassen werden. Wie Mitarbeiterinnen müssen ohne Ausnahme nationalsozialistisch sein, denn nur so ist eine fruchtbar, sich verbleibende, oder erfolg gekrönte Zusammenarbeit möglich.“ Demnach wird verlangt,

daß die Stehlung zum nationalsozialistischen Monopol erhoben wird. Frecher und überchämter hat sich noch keine Schicht des deutschen Volkes an die Freiwirtschaft gedrängt als hier die Nationalsozialisten an die Stehlungsarbeit. Man bedenke, daß solche Arbeiten vom Staat oder den Gemeinden finanziert werden müßten. Diese Finanzierung, die aus allgemeinen Mitteln fließt, soll nur den Nazis zugute kommen. Alle Andersgesinnten mögen zugrunde gehen!

**Nazis und Arbeitsdienstpflicht.**  
Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Oberst a. D. Hierl hat kürzlich ein Programm für die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht im Dritten Reich ausgearbeitet. Danach soll die Dauer des Arbeitsdienstes im allgemeinen zwei Jahre betragen, nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht für die zum Heeresdienst Einberufenen nur ein Jahr. Die für die Arbeitsdienstpflicht untauglich Ausgewählten sollen eine Sonderklasse bilden, die in erster Reihe die Juden - sollen eine Lebensfähigkeit als Sonderklasse vorbehalten werden. Die Einkommensentscheidung. Vorbefriste sollen unter bestimmten Voraussetzungen zum Arbeitsdienst zugelassen werden, jedenfalls soll dies geschehen mit Rücksicht auf die zahlreichen vorbestraften SA-Leute. Jeder Arbeitsdienstpflichtige soll zum Reichsarbeitsdienst im November des Jahres einberufen werden, in dem er das 19. Lebensjahr vollendet. Während der Wintermonate soll der neu eingezogene Arbeitsdienstler zunächst in einem „Vorbereitungskurs“ erst einmal „geschult“ werden. Während der Erntezeit können Arbeitsdienstler auch an Güterverkehr beteiligt werden gegen eine Entschädigung, die der Staat zu beschließen hat bis zum Verkauf der Ernte kreditiert. Natürlicher empfiehlt der gestrenge Herr Oberst auch die Schaffung einer strengen Strafordnung, da besonders anfänglich mit Widersprüchlichkeiten der „durch den Marxismus verdorbenen Jungarbeiter“ gerechnet werden müsse. Für das Meer der Arbeitsdienstleute soll im Dritten Reich ein neues Ministerium geschaffen werden; hierfür empfiehlt sich als Leiter ganz besonders angelegentlich Oberst Hierl selber. Die Zahl der Arbeitsdienstleute soll 900 000 betragen. Das Meer ist einzuteilen in vier Generalinspektionen, die sich wieder in Gruppen gliedern. Die Gruppenführer sind Kommandanten, die Abteilungsführer Hauptleute. Alles streng militärisch! Deutscher Arbeiter, juckt dir nicht das Fell nach dieser Arbeitsdienstpflicht, bei der du nur zu gehorchen, im übrigen das Maul zu halten und kräftig zu schweigen hast? Uebrigens liegt schon von diesem Arbeitsdienst etwas in der Praxis vor. Die nationalsozialistische Stadtratsmehrheit in Koblenz hat so etwas eingerichtet. Allerdings heißt das zunächst noch „Freiwilliger Arbeitsdienst“. In Koblenz werden alle ledigen Wohlfahrtsarbeiter bis zu 25 Jahren halbjährlich an eine Tischfabrik verleiht. Für die Arbeit werden 75 3 Stundenlohn gezahlt, davon werden die Kosten für Quartier und Verpflegung einbehalten sowie etwaige Abgaben für überlassene Arbeitskleidung und Schuhe. Zur freien Verfügung erhält der Wohlfahrtsarbeiter täglich ein Taschengeld von 50 3. Der Rest des Lohnes kommt in eine Zwangssparkasse. Natürlich wird in der Dienstordnung streng militärisch verfahren. Genau auf die Minute ist jede Tätigkeit von morgens 6.15 Uhr bis abends 22.15 Uhr vorgezeichnet. So ist diese von den Nazis propagierte Arbeitsdienstpflicht, unter Ausschluß jeglichen Arbeitsrechts, nichts anderes als eine Militarisierung der Arbeiterkraft, eine völlige Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit, wie sie der alte preußische Militarismus in seinen schlimmsten Zeiten gegenüber Rekruten nicht anders gekannt hat.

**Schlussbetrachtung.**

Dieser Blick in das Dritte Reich der Nationalsozialisten sollte jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin die Augen öffnen. Deutschland würde, falls Hitler mit seiner ungeheuren Anführerschaft, zu einer einzigen großen Kaserne umgewandelt. Wollt ihr das? Wenn ihr auch zu willenslosen Knechten und Mädchen degradieren laßt, nun wohl, dann wählt bei der Reichspräsidentenwahl den österreichischen Oberster Hitler, einen Mann, der kraft seines großen Mauls in Deutschland nur hoch kommen konnte angesichts der vermorrenen Verhältnisse, des großen Elends und der Not, die die Köpfe verwirrt und bei vielen Menschen das kalte Denken ausschließt! Mit allen Kräften müßt ihr dafür eintreten, daß ein solcher Mann unter keinen Umständen die höchste Würde im Deutschen Reich bekleiden darf! Geschiehe es dennoch, so müßt ihr bedenken, daß ein solches Ereignis mit den Köpfen wachlen und Deutschland würde zum einzigen Geißel des Auslandes!

**Gewerkschaftliche Wählmänner.**

Den gewaltigen Bau der deutschen Gewerkschaften suchen winzige Rufe alle Art zu unterminieren. Über diese kleinen emigen Wucher können diesen Riesenbau nichts anhaben. So wählt die RWD, unausgesetzt, und jeden Tag verkündet sie „Siege“ unter „ihrer“ Führung. Schon man genauer hin, so sind es Seitenflüsse, die recht hart schillern und bald in eine größere, aber auch fast täglich im bolschewistischen Wälderwald zersetzt über den „Verfall“ der „Reformisten“ und zum tausendsten Male auffordert, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sollten endlich diesen „Verfallern“ einen Tritt ins Gesicht verpassen - die Wählmänner der RWD, kommen nicht auf ihre Rechnung. Ähnlich ergeht es den Wählmännern der NSD. Was das heißt? Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Frei nach dem Muster der RWD. Soeben hat die Reichsleitung der NSD wieder mal einen Geheimrat über den Ausbau ihrer Betriebszellenorganisation herausgegeben. Die Nazi-Reichsleitung ist mit ihrer NSD, was damit unzutreffend. Zumehr hat sie angewendet, jedes Parteimitglied, das Arbeiter oder Angestellter ist, habe sofort der NSD, beizutreten. Auf diese Weise will man den einzelnen Zellen eine größere „Arbeitsplattform“ geben. Als Nazi ist jedes Parteimitglied verpflichtet zum Kampf gegen den „Marxismus“. Gerade in den Betrieben habe aber der Marxismus seine größten Reserven. Der Ortsgruppenbetriebswart der NSD sollte sofort die Ortsgruppenkartei durchsuchen und sämtliche Parteimitglieder zum Eintritt in die NSD, auffordern. Auch jeder Ortswart der NSD, müsse in nächster Zeit die Parteimitglieder seiner Umgebung nach ihrer Zugehörigkeit zur NSD, befragen.

Was ist der erhobene Zweck dieser Übung? Das wird unbekümmert ausgeplaudert. Wo heißt es in dem geheimen

**Außerordentlicher Kongreß**

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Mittwoch, den 23. März 1932 im Plenarsaal des Vorl. Reichswirtschaftsrats, in Berlin, Bellevuestraße 15. Beginn: vormittags 9 1/2 Uhr

**TAGESORDNUNG:**

**Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung.**

Nach dem Beschluß des Bundesausschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundessatzung ist den Verbandsvorständen überlassen. DER BUNDESVERSTAND: Leipart.

**An die Gewerkschaftsmitglieder!**

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um Eure und Eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die Deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich befehlen, sie haben ein gemeinsames Ziel: Ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf Eure Knechtschaft zu gründen!

Laßt Euch durch ihr Kampfschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzung wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch Eure Zwietracht. Sie müssen znschanden werden an Eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft Euch auf zu einheitlicher Abwehr!

Wollt ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf Euch häuft, auch noch zu Eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt ihr wieder wie einst der Willkür Eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger Eures Willens sind, willenlose Befehlspfeifer eines faschistischen Staates treten? Wollt ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die Euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung Eurer Rechte gewährleisteten?

Ihr wollt das nicht, ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschwörung der Kriegshetzer von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde Eurer Freiheit müßt Ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft Eures unbeirrten politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

**Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen Euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg Eure Stimmen zu geben!**

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erlaß: „Unsere Jellen müssen so stark sein, um alle lebenswichtigen Arbeiten bei komkommender Gelegenheit selbst auszuführen. Kapp-Puffschereinsparungen dürfen sich nicht wiederholen.“

Das ist sehr deutlich gesprochen. Trotz aller Legalitätsbeteuerungen wollen die Herrschaften dennoch puffchen. Es scheint trotz allem Türlängling und Bundera mit der „Legalität“ dennoch nicht klappen zu wollen. Der Staatsstreich steht nach wie vor mit auf der Rechnung, und deshalb will man die Betriebszellenorganisation aufziehen, um mit deren Hilfe die Gewerkschaften schwach zu machen. Deutlich wird an den Kapp-Puffschereinsparungen, der Puffschereinsparungen, die Kapp-Puffschereinsparungen. Und so etwas darf sich nicht wiederholen. Die NSD, soll stark werden, um alle lebenswichtigen Arbeiten bei komkommender Gelegenheit selbst auszuführen.“

Die Nazi-Reichsleitung hat aber auch noch einen anderen Grund für die Notwendigkeit der NSD. Da heißt es in dem geheimen Erlaß: „Die Übernahme der Macht wird uns vor schwierigste Aufgaben stellen, denen wir unbedingt gewachsen sein müssen.“ Man habe für die NSD, mit Wirkung vom 1. Januar einen Facharbeiter für Erwerbslosenfragen bestimmt. Dieser wird in nächster Zeit besonderes Schulungsmaterial für Erwerbslosenfragen herausgeben. Dieses Material ist durch die einzelnen Gau-Betriebszellen-Abteilungen anzufordern; an allen Stempelstellen müssen die Nazi-Erwerbslosen damit als Propagandisten auftreten. Es sei notwendig, aktive nationalsozialistische Betriebsräte und solche in spe mit Fragen ihres Arbeitsgebietes auf genaue Weise vertraut zu machen. In allen Gauen, an allen Orten seien Arbeitsgemeinschaften nationalsozialistischer Betriebsräte aufzuziehen, um den Nazi-Betriebsräten Gelegenheit zu bieten, ihre Erfahrungen untereinander auszutauschen und sich weiterzubilden.

Ganz niedliche Sache! Das „Dritte Reich“ möchten diese Herrschaften in Deutschland schon morgen errichten, und zwölf Stunden vorher fangen sie an, sich mit sozialpolitischen Fragen zu beschäftigen. Wozu wäre es ja, denn die Herren haben - das gibt auch der geheime Erlaß zu - von solchen Dingen keinen Haufen Dunst. Bei den Parteibuch-Nazis sind sozialpolitisch gekulte Fachleute ein sehr geschätzter Artikel. Aber trotz ihrer zum Himmel schreienden Unwissenheit wollen sie dennoch die Arbeiter schulmeistern, und nicht nur in der Politik, sondern auch in den Betrieben kommandieren. Das gebietet die Nazi-freiheit.

Ja, der Betrieb, der steckt diesen Herrschaften in der Nase! Den möchten sie in die Hand bekommen. Aber die Schöpfung gelingt ihnen nicht, obwohl das deutsche Scharfmachertum eifrigst am Werke ist und seinen Nazi-kreaturen in jeder Weise zu ihrem „Aufstieg“ hilfreiche Hand bietet. Aber was den Volkswillen nicht gelang, wird den Hitlerbrüdern noch schlechter gelingen. Da draußen in den Versammlungen, wo von der Not gepöhlte Menschen zumankommen und schließlich alles glauben, was ihnen in die Ohren geflüstert wird, mögen die Hitlerbrüder den Anfang finden. Aber in den Betrieben werden die Bäume stiller feigebergt nur kümmerlich dahindogelieren. Auch die von der Nazi-Reichsleitung „abgeordnete“ Auspionierung der Namen und Adressen der Gewerkschaftsfunktionäre wird den Herrschaften nicht viel helfen. Diese Funktionäre sind mit dem Arbeitervertragsgeheim der Kommunisten fertig geworden, sie werden auch mit der NSD, fertig werden. Dies können sie um so leichter, als sich in jedem Fall zweifellos sehr bald herausstellen wird, daß diese Nazisellen nichts anderes sind als gehorame Büffel der Schornsteinindustrie.

Also man tau! So seggt de Samborger. Aber die „rauen Kämpfer“ mögen bei ihrem Versuch, die Gewerkschaften aus dem Sattel zu heben, aufpassen, daß ihnen dabei nicht der Sattel herausgerißt!

**Faschistische „Jugenderziehung“.**

Die Nationalsozialistische Partei hat nicht nur ihren Partei- und Bürgerkriegsapparat weitgehend auf die besondere Empfangniswelt der Jugendlichen abgestimmt, sondern auch eine eigene Jugendorganisation aufgezogen. Die Mitglieder dieser Jugendorganisation sind vor ihr selbst für den Oktober 1931 mit 45 000 angegeben. Zweifellos wird man die Zahlenangaben des faschistischen Jugendverbandes ebenfalls vor sich aufnehmen müssen, wie das Staatsbürogericht und das Sekretariat seines Schutzpatrons, Immerhin laßt aber die Berichte der verschiedenen Jugendvereinigungen erkennen, daß die nationalsozialistische Jugendorganisation im Vorjahre beträchtlichen Zulauf bekommen hat. Diese vorübergehende zahlenmäßige Aufblähung wäre als Zeigererscheinung (Radikalisierung der Jugend durch die verzerrte Wirtschaftslage und die Umwertung aller politischen und sozialen Ideen) menschlich sowie staatspolitisch nicht allzu freudig zu nehmen, wenn nicht Aufbau und Inhalt der faschistischen Jugendarbeit zu einer beispiellosen geistigen Verflachung und sinnlichen Verrohung weiter Jugendkreise zu führen drohen.

Jede verantworfliche Jugendorganisation müßte in erster Linie um die allgemeinkundliche und weltanschauliche Orientierung ihrer Mitglieder bemüht sein, als Voraussetzung selbständiger Urteilsbildung und eigenverantwortlicher Tätigkeit. Achtung vor Eigenarten und ehrlichen Überzeugungen anderer ist ein selbstverständliches Erziehungsziel. Demgegenüber fehlt der faschistischen Jugendarbeit bemüht jede geistige Fundierung. Der ganze Apparat ist auf die organisatorische und gefühlsmäßige Festlegung für eine selbständige Urteilsbildung unvorbereiteter Jugendlicher aufgebaut. Die radikalste Ausnutzung der durch die Krise radikalisierten und begeißelten zu jedem Opfer bereit Jugend für die aktiven Parteikämpfe ist das oberste und höchste Ziel. Zu welchem Umfang an geistiger Verflachung und sinnlicher Entartung eine solche Heißigkeit bei einer Partei führen muß, wie es die nationalsozialistische ist, zeigen deutlich die Ausstellungen in ihren Organen. Nichts ist dort zu spüren von jener getunden Oppositionshaltung, die unzulängliches mit klarem Erkennen des Neuzusuffendenden befehlen will. Kein positiver Aufbauwille. Alles erschöpft sich in unfruchtbarer Verneinung, Ablehnung, Verunglimpfung. In den jungen Menschen wird ein überlegener Fanatismus geübt und schwärmerische Todesbereitschaft gepflegt. Ihr Jugendorgan „Sturmjugend“ schreibt als Aufruf für zwei junge Menschen, die durch die Auswirkungen dieser unverantwortlichen Jugenderziehung bei einer Schlägerei getötet wurden, in ihrer Oktobernummer Jahrgang 1931:

„Mehr denn laufend heidliche Taten der Lebenden, mehr denn vielerlei Weisheit der Philosophen bedeutet uns das Leben und tapfere Sterben dieser beiden Jungen...“ Dieses leichtfertige Spiel mit Leben und Gesundheit junger Menschen wird als sicheres „Aufsteigsprinzip“ bezeichnet. Das Berliner Organ der Nationalsozialisten verbreitet sich hierüber in seiner Nummer 29, Jahrgang 1932, wie folgt: „Das Schicksal der S. R. hätte feige abgelehnt. Die Zahl unserer Blutopfer vermehrt jedem Rauhen den Eintritt in unsere Reihen.“

Martyrer der Straßenschlachten zu schaffen ist das Erziehungsziel. Sie und da schwärmerisch ausgekommene Veruche, sich in einer Art wirklicher Jugendarbeit zu versuchen, sind von der Parteileitung sofort, unter anderem durch Beschneidung der Gaujungenstellungen mit ehemaligen Kadettenoffizieren, in keine erstreckt worden.

fals werden wir scharfer als bisher die Werbeltätigkeit und vor allem die eigentliche Jugendarbeit der durch die Krise geprägten besonderen seelischen Grundstimmung der Jugend anpassen müssen. Zu einem solchen durch die Krise verstärkten Wesensmerkmal zählt vor allem das sehr besonders starke Wollen nach einem sinnvollen praktisch wirksamen Tun, das auch den jungen Menschen, der wirtschaftlich als überflüssig ausgeschieden wurde, zur persönlichen Geltung bringt. Dieser starke Geltungs- und Gestaltungsdrang zeigt sich wieder einmal von einer anderen Seite die große Dringlichkeit der umfassenden Eingliederung der älteren Jugendfunktionäre in die Gesamtarbeit der gewerkschaftlichen Organisationen. Es darf nicht verkannt werden, daß die Hiltterjugend sich vorwiegend aus radikalisierten älteren Jugendlichen rekrutiert, die andere Einsatzmöglichkeiten für ihre Jugendkräfte nicht zu sehen glauben. Wir werden also verstärkt eine nicht nur verständnismäßig überzeugende, sondern auch das Innere der Jugend ersassende Werbung, eine sich praktisch und sinnvoll auswirkende Schulungsarbeit und ein Hineinleben der älteren Jugend in die allgemeine Organisationsarbeit betreiben müssen!

**Anfragen an den Reichsarbeitsminister.**

In Nr. 32 des „Grundstein“ veröffentlichten wir einen Artikel „Sorgen des Reichsarbeitsministers wegen zu hoher Löhne“. Kollege Bruno Bogaczuk aus Weiszwald schreibt uns deswegen, ansehend in der Meinung, dem R.A.M. sei vor der Entscheidung nicht gesagt worden, wie es um die wirtschaftliche und berufliche Lage der Dränagearbeiter bestellt sei. Er möchte wissen 1. Ob die Herausnahme aus der Allgemeinverbindlichkeit auch die Ent- und Bewässerungsarbeiten betreffe? 2. Wenn ja, ob dem R.A.M. bekannt sei, daß die Landarbeitelöhne sehr unterschiedlich seien, z. B. im Kreise B. 25, 3, im Kreise B. 23, 3 und im Kreise C. 20, 3 je Stunde? 3. Ob das R.A.M. den Dränagearbeitern zumute, für diese Stundenlöhne ihre bisherige Arbeit zu verrichten? 4. Ob dem R.A.M. nicht bekannt sei, daß die Dränagearbeit als Facharbeit angesehen werde, ausgeführt von Arbeitern, die in der Regel weit von ihrem Wohnort in Schlamm und Wasser arbeiten und mit ihrem Lohn gewissermaßen zwei Haushaltungen führen müßten? 5. Ob der Herr Reichsarbeitsminister und jene Beamten, die jene mündbare Entscheidung ausgesprochen hätten, vielleicht künftig die Retraktionsarbeiten für 25 3 Stundenlohn ausführen wollten?

Wir haben die Fragen des Kollegen B. nicht an den Reichsarbeitsminister weitergegeben, weil wir sie selbst beantworten können und wir den Kollegen vor einem Strafverfahren bewahren möchten. Wir antworten also dem Kollegen B. und anderen, die ebenso denken und fragen wie er: 1. Ent- und Bewässerungsarbeiten (Dränagen) gehören in erster Linie zu den Bodenverbesserungsarbeiten und sind mit der Begründung, die Tariflösung der Tiefbauarbeiter seien für die Land- und Forstwirtschaft untragbar, von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen. 2. Die Löhne der Landarbeiter sind dem R.A.M. bekannt, es muß daher wünschenswert sein, daß Dränagearbeiten zu diesen Löhnen verrichtet werden. 3. Das R.A.M. hat bisher niemals gesagt, welche Löhne in dem Arbeiter als fragbar zumuten könne, nur welche Lohnhöhe für den Grund- und Forstwirtschaft untragbar sei. 4. Daß die Dränagearbeiter befragung haben müssen und selten in der Nähe ihres Wohnortes arbeiten können, daß sie darum zwei Haushaltungen haben, könnte das R.A.M. wissen, denn es ist ihm von uns oft genug mitgeteilt worden. 5. Daß der Herr Reichsarbeitsminister oder seine Beamten Bodenverbesserungsarbeiten machen wollen, ist nicht anzunehmen, obwohl es für ihre Sachkenntnis sehr dienlich wäre. Leider, Kollege B., geht es aber dabei im Wirtschaftswesen ähnlich wie im Kriegel! Der neuzustellende Feldherr schätzte sein eigenes Leben sehr hoch und das seiner Untergebenen um so geringer ein, je weiter sie in der Charge von ihm entfernt sind. Bei einem Stundenlohn von 25 3 würde ein Minister oder Ministerialdirektor so viel verdienen, daß er seinen Bedarf an Zigaretten und Nachmittagskaffee decken könnte, und davon kann er allerdings nicht leben. Soll er sich Gedanken darüber machen, wie u. davon lebt? Du scheinst der Meinung zu sein, das R.A.M. sei auch gewissermaßen für die Arbeiter da. Das war einmal! Nämlich zu Weiszwald. Heute ist davon absolut nichts mehr zu verripen.

**Umgekehrte Rationalisierung.**

Unter Rationalisierung versteht man wirtschaftlich im allgemeinen Erreichung des größtmöglichen Arbeitseffekts unter Anwendung der geringstmöglichen Mittel. Unser

Unternehmer im besonderen verstehen darunter Erzielung der größtmöglichen Leistung aus der Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters. Der Erfolg, den wir aus dieser letzten Art der Rationalisierung vor uns sehen, hat dazu geführt, daß viele heute die Meinung aussprechen, man müsse im Interesse des Arbeitenden das Gegenteil von dem tun, was die Unternehmer wollen, nämlich seine Leistung aus dem möglichst geringen Maß zurückzudrauen. Tatsächlich hat es heute den Anschein, als ob nicht der Fleißigste, sondern der Faulste der größte Wohlfahrter der Menschheit sei, weil er seinen Mitmenschen auch etwas zukommen läßt. Von diesen Gesichtspunkten hat sich aber die Stadtverwaltung in L. nicht leiten lassen, als sie ein Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände das Ansuchen stellte, für eine bestimmte Arbeit einen geringeren als den tariflich festgesetzten Lohn zu vereinbaren und gleichzeitig den in Betracht kommenden Unternehmern eine Höchstleistung für jeden Arbeitenden in L. nicht leisten zu lassen. Zur besseren Kennzeichnung müssen hier die besonderen Bedingungen für diese Arbeit abgedruckt werden:

„Die Arbeit wird als Fürsorgearbeit ausgeführt. Der Unternehmer ist daher verpflichtet, die Arbeiter einzustellen, die ihm von der Wohlfahrtsamkeit zugewiesen werden. Er ist auch nur berechtigt, die Leute zu entlassen. Bei der nachstehenden Arbeit dürfen nur 2 Stammarbeiter, und zwar 1 Stammarbeiter und 1 Vorarbeiter beschäftigt werden. Die Stammarbeiter müssen im Stadtkreise L. anässig sein. Sagger und sonstige Maschinen bzw. Zugmaschinen dürfen bei der Arbeit nicht verwendet werden. Bei der Arbeit müssen auf 8500 Kubikmeter Bodenbewegung 2400 Arbeitsloftentageweise geleistet werden. Für den Fall, daß eine Mehrleistung sich ergibt, sind in dem gleichen Verhältnis mehr Arbeitsloftentageweise zu leisten. Die Berechnung der Erdmassen erfolgt nach Aufnahme und vom Unternehmer anzuerkennender Profile nach Kubikmeter gemachten Bodens. Der Preis ist unter Zugrundelegung des Gemeindefacharbeitertariffs abzugeben. Für den Fall, daß die geforderten Arbeitsloftentageweise nicht geleistet werden, hat der Unternehmer für jedes nicht geleistete Arbeitsloftentageweise eine Konventionalstrafe von 10 M. zu zahlen. Dieser Betrag wird von der Schlussabrechnung abgezogen.“

Damit niemand an den Gedanken kommt, das Stadtbauamt in L. habe ein besonderes Mitleid mit ihren Fürsorgearbeitern und deswegen die geringe Leistung vorgeschrieben, wollen wir mitteilen, daß der Grund für diese Maßnahmen darin zu suchen ist, die Stadt will Wohlfahrtsempfänger so schnell wie möglich wieder der Reichsanstalt für Unterstufungsempfänger zuschieben. Die hier vorgesehene Arbeit ist eigentlich nur ein Vorwand für diesen letzten Schritt Arbeit — wenn auch nur ein geringes Quantum notwendig ist, so hat die Stadtverwaltung diese Gelegenheit benutzt, um, wie gesagt, recht vielen Fürsorgeberechtigten die Möglichkeit zu geben, in die Unterstufung der Reichsanstalt hineinzukommen. Da das Beispiel der Stadt L. jetzt nicht allein dasteht, erleben wir in Deutschland folgendes:

Reichsregierung, Reichsarbeitsminister und Reichsanstalt sind große Befürworter des sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstes. Selbstverständlich nicht, weil sie und die Träger einer solchen Arbeit und des Dienstes hoffen, mit diesem Mittel die Löhne noch weiter zu drücken, sondern die Gründe dafür sind rein „moralisch-pädagogischer“ Natur. Die letzten Stahlschmelzer und Zugsleute die Arbeit verrichten, dann wird sie gewissermaßen den älteren, verheirateten Leuten fortgenommen, insofern müssen diese von den Gemeindevorstellungen unterstellt werden, und wiederum versucht insofern die Gemeindevorstellung, die Unterstufung von sich abzudrücken auf die Reichsanstalt. Das Ergebnis ist, daß die Reichsanstalt schließlich auf diese verheirateten Leute mehr Unterstufung zahlen muß, als an die ledigen, außerdem aber für die Ledigen einen täglichen Zuschuß von 2 M. Das ist auch eine Art Rationalisierung!

**Nationalsozialisten und Konsumvereine.**

Auf wie niederträchtige Weise verblissene Nationalsozialisten, gleich ihren Brüdern von links, gegen die Konsumvereine kämpfen, mögen folgende Beispiele zeigen: Vor längerer Zeit ging dem Konsumverein Hösch (Main) und Umgegend die schriftliche Austrittserklärung eines Mitgliedes zu. Da es sich um ein langjähriges, gut kauendes Mitglied handelte, erkundigte sich ein Funktionär des Konsumvereins nach den Gründen des Austritts.

Dabei wurde festgestellt, daß der im gleichen Haushalt lebende Schwiegersohn des Mitgliedes die Austrittserklärung geschrieben habe. Als Sturmführer einer SA-Truppe der Nationalsozialistischen deutschen „Arbeiter“-Partei läßt sich dieser laubere Schwiegersohn berufen, ohne Wissen seiner Schwiegereltern deren Austritt aus dem Konsumverein zu erklären. Durch den Besuch des Funktionärs wurde erreicht, daß das Mitglied dem Konsumverein treu blieb und den einseitigen Schwiegersohn an die frische Luft setzte.

In einem anderen Orte hatte ebenfalls ein Mitglied seinen Austritt erklärt. Im Jahresfluß erhielt es dann vom Amtsgericht die Mitteilung, daß seine Mitgliedschaft im Konsumverein erloschen sei. Hierauf erschien der Mann fürchtbar aufgeregt in der Vertretungsstelle und protestierte gegen seinen Ausschluß. Dieser sei nach seiner Meinung gegen keinen Ausschluß, weil er Nationalsozialist sei; er drohte, vollzogen werden, weil er Nationalsozialist sei. Der Verein wog den Vorlegung der politischen Neutralität zu verweigern. Der Funktionär des Vereins stellte dann bei einem Besuch des betreffenden Mitgliedes fest, daß die Austrittserklärung gar nicht von dem Mitglied selbst geschrieben war, sondern nach Ermahnung des Mitgliedes von einem Funktionär der nationalsozialistischen Ortsgruppe. Auch dieses Mitglied erklärte: „Ich denke gar nicht daran, aus dem Konsumverein auszutreten, der mir schon viele Vorteile verschafft hat. Lieber verliere ich auf die Mitgliedschaft in der NSDAP.“

Man sieht, es gibt auch Nationalsozialisten, die hin und wieder einen lichten Moment haben, zumal wenn es sich um materielle Vorteile handelt!

**Handwerkstammern und Lehrlingsrecht.**

Im Deutschen Handwerksblatt, dem offiziellen Organ des Deutschen Handwerks- und Gewerkehauptverbandes in Hannover, ist ein Aufsatz erschienen, der sich mit dem Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Lehrvertrag befaßt. Folgende Fragen sind an den Anfang gestellt:

- a) kann der Lehrherr das Lehrverhältnis vorzeitig lösen?
- b) in welchem Umfang muß er den Lehrling trotz des Arbeitsmangels weiterbeschäftigen?
- c) welche Vergütung muß er dem Lehrling trotz der Nichtbeschäftigung zahlen?

Unter Darlegung der Rechtslage kommt man zu folgender Zusammenfassung:

„Arbeitsmangel berechtigt den Lehrherrn nicht zur vorzeitigen Auflösung des Lehrvertrages. Die Lösung ist nur bei Konkurs des Lehrherrn oder Stilllegung des Betriebes infolge wirtschaftlichen Zusammenbruchs gerechtfertigt. Aufrechterhalten bleibt hier in gewissem Umfang der Schadenersatzanspruch des Lehrlings. Während des Arbeitsmangels muß der Lehrherr den Lehrling mit Probararbeiten im Rahmen der erforderlichen Ausbildung weiterbeschäftigen. Arbeitsmangel ist für den Anspruch des Lehrlings auf die Erziehungsbeihilfe ohne Bedeutung, während bei Vergütung, die nach der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden berechnet wird, der Lehrherr nur im Rahmen der tatsächlichen, produktiven Beschäftigung ein Entgelt zahlen muß.“

Wir registrieren diese Darlegung, weil es mit Befriedigung erfüllt, einen Anspruch des Lehrlings — das Recht auf seine Ausbildung — anerkannt zu sehen. Die Rechtslage auf Grund der Lehrverhältnisse und anderer Gerichte ist ausführlich im „Grundstein“ Nr. 4 vom 23. Januar 1932 dargelegt. Noch ausführlicher sind die Darlegungen in der Schrift „Lehrlingsrecht nach der Rechtsprechung“, erhältlich in den Bauwerkstätten. In dieser Stelle braucht also nicht darauf eingegangen zu werden. Wenn aber irgendwo dem Lehrling sein Recht nicht wird, dann berufe man sich zur Vertretung unserer Meinung auf die im Hauptblatt der Handwerkskammern veröffentlichten Rechtsgrundlagen. Der Lehrling hat auch je ein Recht auf eine gute Ausbildung!

**Streiks u. Lohnbewegungen**

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Wepert ist die Arbeiter des Unternehmers Schnauer, Niederbiffau (Lübeck), Bauweise Ostseebad bei Reinfeld wegen unverschämten Lohnanforderungs und die Arbeiter der Firma Wierbeck in Norden wegen Tarifbruch.

Töpfer: Wepert sind in Crimmitschau die Firma Heizinger, in Hohenstein-Ernstthal Engen Wolf, in Zeitz die Dörschlag, in GutsMuths-Verlag Reumann, Ostas Söhne und Wöhme, in Leipzig die Firma Alfred Hermann wegen unfertiger Entlohnung.

**Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauwerksbund. Feststellungsergebnis vom 8. Februar 1932.**

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Arbeitslose im Bauwerksbund	Mitarbeiter, die an der Feststellung teilgenommen haben	Mitarbeiter		Handwerker		Bauhilfsarbeiter		Tiefbauarbeiter		Sonstige		Gesamt		Gesamt		Gesamt																	
			Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos															
Königsberg	7	13982	5627	4	207	64	104	138	189	9	8	339	—	23	32	10	—	4198	20	1293	—	16	10	789	7	13225	94,6	93,5						
Danzig	1	3343	1198	—	17	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	870	18	638	—	—	—	—	2933	87,7	88,3							
Stettin	1	14222	7219	21	126	55	66	266	180	16	18	265	—	—	31	29	22	—	2819	6	1041	—	—	—	2	433	5	12623	88,6	87,1				
Breslau	41	34859	14650	57	510	267	94	400	230	68	268	658	178	217	281	87	—	—	9970	60	1842	—	—	3	1939	83	32077	92,0	91,9					
Berlin	60	46041	19045	74	349	395	494	650	1278	425	326	1179	33	27	225	447	250	61	11050	—	1216	—	—	3	383	1446	18	39619	46,0	45,9				
Magdeburg	42	4057	13303	37	150	—	—	—	62	127	33	240	149	—	51	52	7	17	—	3821	3	558	—	—	1	1993	—	20384	84,7	84,0				
Erlau	34	7257	10182	87	171	87	9	243	141	212	23	130	5	2	34	37	3	25	4	3663	1	197	—	—	9	4	1043	3	16824	94,6	92,4			
Frankfurt	17	29215	13078	70	267	345	270	684	951	106	1	32	1	—	234	84	18	14	3	26753	206	1536	52	—	14	—	776	—	30785	91,5	90,4			
Köln	12	14648	4506	56	162	277	338	532	1531	73	—	31	5	—	—	228	76	35	4	1131	131	754	3	—	3	1	316	—	13520	92,3	92,2			
Dortmund	13	14790	5624	92	165	163	254	442	643	3	—	32	—	—	1	309	200	13	—	3838	256	951	10	17	8	4	525	—	13670	92,4	91,3			
Hannover	39	26199	13777	33	244	82	70	594	140	61	8	70	5	102	7	111	76	18	10	4999	—	1040	5	—	5	1	1204	1	22749	86,8	85,9			
Bremen	31	13225	5468	23	168	67	267	296	91	25	6	12	2	—	3	64	45	6	7	3661	3	1266	—	—	6	3	320	—	11760	98,9	88,4			
Samburg	45	27468	10687	42	181	288	193	252	502	206	5	319	1	—	3	280	145	37	125	32	125	—	—	3	30	549	—	22460	81,7	80,8				
Holldach	30	8029	3684	7	58	—	—	188	6	7	21	79	—	—	12	11	—	1	4	1957	—	488	—	—	6	318	—	7047	87,8	85,6				
Dresden	31	55334	25384	69	725	170	170	869	358	594	644	927	46	—	109	158	118	97	23	18782	4	1009	—	—	2	30	2164	15	49443	94,3	88,6			
Nürnberg	29	15078	5747	75	92	49	54	314	846	21	165	49	—	—	4	10	33	11	—	5520	4	294	41	2	6	5	263	—	19391	92,4	92,5			
München	27	10731	3952	8	71	54	46	121	159	43	8	102	2	4	10	79	9	10	2	16	1206	21	141	164	7	2	3	240	—	9860	91,9	91,5		
Stuttgart	14	250	2589	23	27	137	42	35	1393	1	—	7	—	—	—	83	26	113	—	2	201	126	872	—	—	—	—	—	7735	93,8	90,3			
Karlsruhe	10	12331	5556	61	148	165	106	52	981	56	41	9	2	45	—	139	35	1	28	9	1	8	2795	214	308	6	13	6	1	313	—	11102	90,0	88,4
Zusammen	573	398909	171376	839	3848	2665	2615	6579	9743	2053	1633	4564	429	402	381	2499	1274	419	922	1031	147	95	99298	1084	1185	357	51	83	144	14154	12	347622	89,22	—
Wichtige Werte	573	391127	170697	836	3784	2849	2550	6586	9747	2043	1656	4534	434	408	818	2462	1294	319	905	1039	150	94	98534	1061	117760	350	50	93	118	13914	132	345241	—	88,27

# BUNDES-TRIBÜNE

## MEINE ERFAHRUNGEN MIT DER PREISENKUNNG

Erfahrungen mit der Preissenkung gibt es keine, die dem Ausmaß der Lohnsenkung und des Kaufkraftschwundes auch nur annähernd entsprechen. Wer die Gesetze kapitalistischer Wirtschaft kennt, der ist von den höchst unbefriedigenden Erfolgen der von der Reichsregierung angekündigten Preissenkungsaktion keineswegs sonderlich überrascht. Die von Menschenhand geschriebenen Gesetze, die Notverordnungen, funktionieren hinsichtlich der Ware Arbeitskraft in der Zeit des Ueberangebots an Arbeitskraft pünktlich und genau. Und das ungeschriebene Wirtschaftsgesetz von Angebot und Nachfrage drückt den Preis für die Ware Arbeitskraft oftmals noch unter den gesetzlich-tariflichen Stand. Für die Waren aber, die man, volkswirtschaftlich gesprochen, Produkte nennt, ist jenes von Menschenhand geschriebene Gesetz nicht immer und nicht unbedingt maßgebend. Die Preisbildung hat eben ihre besonderen, nur ihr eigentümlichen Gesetze und Schliche, die wir in der Kriegs- und Nachkriegszeit zur Genüge kennen gelernt haben.

Was helfen kann, ist die Aktivität der Arbeiterklasse selbst. Vor allem: Steigerung ihres politischen und wirtschaftlichen Einflusses. Das ist im Grundstein wiederholt gesagt worden. Auch in den nachstehenden Äußerungen der Kollegen wird darauf verwiesen. Zu wünschen ist noch, daß die Konsumvereine — deren Schwierigkeiten keiner verkennet und deren durchweg bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen jeder mit Freude feststellt — künftig weit mehr als bisher mit der Preissenkung vorangehen. Hier liegt für sie eine große Aufgabe — Was wir zu dem Problem Lohn- und Preissenkung zu sagen haben, haben wir so oft und erst kürzlich im Leitartikel der Nr. 7 des „Grundstein“ „Ein offenes Wort an Herrn Dr. Brüning“ gesagt, daß wir an dieser Stelle nur darauf zu verweisen brauchen. Die Gewerkschaften werden alle Mittel anwenden, um auch diesem Problem einen für die Arbeiterschaft möglichst günstigen Ausgang zu geben.

### Preisabbau, ein Schlagwort!

Immer wieder erfindet man beim Inkrafttreten eines neuen Lohnabbaus ein Schlagwort, um das arbeitende Volk möglichst bei Ruhe zu behalten. Diesmal hieß es „Preissenkung“. Sie hat sich aber noch wenig fühlbar gemacht. Ein Reichskommissar für Preisüberwachung wurde in den Staatsapparat eingesetzt. Aber dieser Kommissar macht sich damit zu schaffen, wie man die Lebenshaltung des darbenenden Volkes noch weiter herunterschrauben kann. Heute befleißt er sich schon mit der Erwerbslosensicherung! Die Löhne wurden um 10 bis 15 % und mehr heruntergesetzt mit der Behauptung, die Preise werden dem Lohnsatz angepaßt. Wo ist dies eingetreten? Nirgends! Im Gegenteil, die Preise sind bei manchen Artikeln wieder gestiegen.

Karl Tietze, Lindau.

### Preisabbau? Negativ!

Meine Erfahrungen mit der Preissenkung sind bisher sehr negativ, wie wohl die der andern Arbeiterfrauen auch. Miete, Heizung, Licht und Lebensmittel sind lebensnotwendige Dinge. Wie hat sich aber hier die Preissenkung ausgewirkt? Die Miete ist nur für Altlwohnungen, und auch hier nur um wenige Prozent gesenkt worden; und für die Neubaubwohnungen nur dann, wenn sie nicht in den geringverzinslichen öffentlichen Mitteln gebaut wurden. Gänzlich ausgenommen sind die Untermietwohnungen. Und die Heizung? Wohl ist der Bergarbeiterlohn einigemal gesenkt worden. Aber trotz dieser Lohnsenkungen und des staatlichen Preisabbaus ist der Kohlenpreis noch so hoch, daß sich der größte Teil der ärmeren Bevölkerung nicht die nötigen Kohlen kaufen kann. Senkung des Strompreises wäre ebenfalls sehr zu begrüßen. Wir müssen sie aber ablehnen, wenn dies auf Kosten der Wohlfahrts-erwerbslosen geschehen soll. Meistens sind die Elektrizitätswerke städtische Betriebe. Wenn die aber verringerte Einnahmen haben, dann wird der Ausfall durch Kürzung der Fürsorgesätze wettzumachen versucht. Bei den Lebensmitteln entsprechen die Preise auch immer noch nicht unserm Einkommen. Die Zollpolitik treibt die Preise immer wieder von neuem in die Höhe. Bei Butter macht dies heute gegenüber Mitte Januar schon 35 Pf. je Pfund aus. So erst erscheinen die durch Notverordnung herabgesetzten Löhne im rechten Licht. Die Spanne zwischen den Löhnen und den Preisen wird immer größer. Und dabei wollte man doch vor allem den Inlandsmarkt kauffähiger machen!

Die Preise für Kleidung und Schuhwerk sind zwar gefallen. Aber wir wollen uns nicht täuschen lassen: Das war schon eingetreten, als es noch keinen Kommissar für Preisüberwachung gab! Die Preise waren deshalb schon gefallen, weil die Nachfrage nach Kleidung und Schuhwerk normalerweise nicht so stark ist, als nach lebenswichtigeren Dingen. Ueberdies versuchen Kleinhändler, für niedrigste Preise Aufträge zu bekommen, um nicht verhungern zu müssen! Zweck der Preissenkungsaktion ist wahrscheinlich, solange über „Preissenkungen“ zu reden, bis die Menschen schließlich glauben, es sei tatsächlich etwas geschehen. Die Arbeiterschaft wird sich nicht davon abbringen lassen, die Erhöhung ihrer Kaufkraft zu erzwingen!

Helene Grimmer, Dresden.

Trotz einer Lohnsenkung bis zu 30 % sehen wir von der Arbeit des Preiskommissars wenig. Mit Ausnahme weniger Artikel, deren Preise etwas mehr gesenkt sind, beträgt die Senkung nur 3 bis 4 %. Und dies ist nicht etwa durch die Notverordnung, erzielt worden, sondern ist meistens aus den Verhältnissen der Zeit

erwachsen. Für den Preiskommissar gibt es noch viel Arbeit, besonders auf dem flachen Lande. Unsere Löhne sind schon unter den Vorkriegsstand gesunken.

Willi Satony, Kirberg.

An dem Mißerfolg der Preissenkungsaktion habe ich keinen Augenblick gezweifelt. Jeder weiß, daß die Regierung und Unternehmer der Lohnabbau die Hauptsache ist. Der Preisabbau kann nach ihrer Auffassung nicht durchgeführt werden, weil die Unternehmer dann nicht in der Lage wären, ihre Betriebe in Gang zu halten und Steuern zu zahlen. Die Folge würde sein: Stilllegung der Betriebe und somit weitere Entlassungen von Arbeitern. Das wäre das Ende der Preissenkungs-

Eine wichtige Aufgabe fällt der deutschen Hausfrau zu, die ich besonders um ihre Mithilfe bitte. Viele Frauen scheuen sich, als einem Laden herauszugehen, ohne einen Einkauf gefällig zu haben, selbst wenn Gewicht zu bemängeln. Er legt Wert auf eine gewisse Großzügigkeit und verliert so seine volkswirtschaftliche Pflicht, an einer gerechten Preisbildung mitzuwirken. Um allen eine solche Mitwirkung zu erleichtern, ist angeordnet, daß für gewisse Gegenstände und Leistungen des täglichen Bedarfs in Schwestern und Leiden usw., sowie auf den Märkten Preisverzeichnisse ausgedruckt und die feilgebotenen Waren mit Preisen versehen werden.

Dr. Goerdeler, Reichskommissar für Preisüberwachung.

aktion. Wer hat ein Interesse an der Preissenkung? Wo bleibt das Geld, das unter der Arbeiterschaft rollierte? Hat der Mittelstand ein Interesse an der Verarmung der Arbeiterschaft? Ich glaube es nicht; denn ihm fehlt es an Kreditkapital. Dies aber bringt die Arbeiterschaft auf, die laut Statistik ein Einkommen von 2000 bis 3500 M jährlich hat. Dem Kleinhändler und Kleingewerbetreibenden fehlt aber die große Konsument, die zahlungsfähige Arbeiterschaft. Wie viele Kollegen, die sich vor drei bis vier Jahren ein Haus bauten, sind heute über daran wegen der ungleichmäßigen Löhne- und Zinssenkung. Wer zieht den Nutzen? Nur wer flüssiges Geld hat! Die Regierung wird nicht in der Lage sein, den Preisabbau so durchzuführen wie den Lohnabbau. Deshalb fort mit dem Lohnabbau!

Fr. Schwien, Hermannsbörg.

### Fort mit den Lebensmittelpreisen!

Ueber 15 Paragraphen der 4. Notverordnung machten uns Hausfrauen so manche schöne Hoffnung auf Preisabbau, deren Erfüllung wir erwarten wie eine Fata Morgana. Doch wenn wir in die Wirklichkeit blicken, bleibt nur der Lohnabbau übrig. Wie einfach die Notverordnung den Lohnabbau besorgte! Hier ist mit eiserner Schärfe eingegriffen worden; hart, bestimmend, ohne die Beteiligten zu hören. Aber beim Preisabbau endlose Verhandlungen, ein Bitten um freiwillige Herabsetzung der Warenpreise. Unsere Forderung ist: Kein Lohnabbau ohne vorherige Preisherabsetzung! Wir Hausfrauen sind die am meisten Betroffenen. Zur Festsetzung von Preisen für den täglichen Lebensunterhalt müssen Ausschüsse aus Verbraucherkreisen eingesetzt werden, unter Mitarbeit der Hausfrauen. Zölle für Fleisch und Getreide müssen aufgehoben und größere Mengen Geflügelfleisch als bisher eingeführt werden. Auch Höchstgewinne müssen festgesetzt werden. Für den Geldausfall infolge Aufhebung von Zöllen müssen höhere Steuern auf Luxusartikel und Schaumweine erhoben werden. Auch die Mietenenkung muß dem Lohnabbau angepaßt werden. Mietenenkung und Preisabbau sind in keiner Weise dem Lohnabbau gefolgt.

Luise Sommer, Aschersleben.

Der Preisabbau mit einem Durchschnittssatz von 4 bis 5 % steht noch weit hinter dem politischen Lohraub zurück.

Was nützt es da, wenn Verbraucher im Verein mit dem von der Reichsregierung eingesetzten Preisüberwachungskommissar gegen hohe Preise kämpfen, um die geschrumpfte Kaufkraft dem Lohnniveau gleichzustellen? Die dankenden Frauen des Proletariats klagen die Schöpfer des politischen Notgesetzes an. Warum verstand man es, durch Gesetz das Einkommen der schaffenden Bevölkerung zu schmälern, während man es bei den Preisen nur auf gutlichem Weg versuchen will? Jetzt wäre es noch Zeit, den Gesetzeshebel richtig anzusetzen, um die Kaufkraft der unteren Schichten zu erhöhen. Auch dabei würde noch dem unfähigen kapitalistischen System unter die Arme gegriffen. Haben die Herren Dr. Brüning und Stegerwald Angst vor den völkischen Abenteurern? Wurde nicht der Brotpreis vor dem Preisabbau zunächst um 4 1/2 erhöht, und dann am 1. Januar um 2 1/2 „ermäßigt“? Wie steht es mit Zucker, Milch und den sonstigen Haushaltsartikeln? Hier hat sich noch kein nennenswerter Preisabbau bemerkbar gemacht. Oder ist das Preisabbau, wenn man durch Zölle den Butterpreis um 10% bis 15% erhöht, und dieses Produkt den breiten Schichten nur durch Glascheiben in Erinnerung läßt? Wir wissen, daß auf dem Pfund Salz im Werte von 8 1/2 5, auf Zucker je Pfund 26 1/2, auf Bier 18 bis 20 1/2 je Liter indirekte Steuern drücken. Deshalb kann man leicht verstehen, weshalb der Preisabbau so langsam vor sich geht. Es wäre angebracht, wenn die Herren Dietrich und Schiele durch Herabsetzung der Steuern und Zölle den Preisabbau weitest gehend unterstützen. Der Steuersaumfall würde durch die Steigerung des Gesamtumsatzes wieder gedeckt werden.

Wilhelmine Aufhammer, Georgensmünd b Nürnberg.

Wiederholt ist in der Gewerkschafts- presse auf Möglichkeiten hingewiesen worden, wie die Konsumenten — besonders die Frauen — die Preissenkungsbestrebungen unterstützen können. Sind es auch scheinbar nur kleinere Mittel, sie sind trotzdem von Bedeutung. Die Verordnungen über Preisschilder und Preisverzeichnisse werden nur sehr unvollkommen beachtet. Das gilt unter anderem besonders für das Bäcker- und für das Friseurgewerbe. Die Verordnungen sind wichtig, denn Preisschilder und Preisverzeichnisse geben jedem Käufer die Möglichkeit, sich vor Betreten des Geschäfts über die besten Preise zu unterrichten. Um seine Verordnung über Preisschilder zur Durchführung zu bringen, hat der Kommissar für Preisüberwachung ein Mittel, das er unseres Wissens bisher noch nicht angewandt hat. Er kann zunächst kurzfristig — solche Betriebe schließen, die die Durchführung der behördlichen Anordnung verweigern. — Beim Verkauf von kleinen Mengen — ein Viertel- und ein Halbpfund — ist vielfach die verteuerte Usance beobachtet worden, daß der Verkäufer einen Wiege- oder sonstigen Aufschlag nimmt. Das ist vollkommen unberechtigt. Der angezeigte Pfundpreis muß auch beim Teilen des Pfundes in kleinere Einheiten innegehalten werden. — Besonders geklagt wird über die mangelnde Ueberwachung der Lebensmittelpreise in kleinen Städten und ländlichen Ortschaften. Auch hier können die Konsumenten einhaken. — Die Preisgestaltung kann am besten durch die Verbraucher selbst überwacht werden, indem sie die ihnen gebotenen Hilfsmittel aus Preisvergleichen ausnutzen und unangemessen hohe Preise ebenso zurückweisen wie eine unzureichende Bedienung. — Aus den westlichen Bezirken wird von Verbrauchern gemeldet, daß die Preise am Tage der Lohnzahlung und am nächsten

Tag häufig höher seien als an anderen Tagen. Solches Verhalten ist vollkommen unzulässig. Der Preiskommissar hat erklärt, falls andere Mittel nicht ausreichen, solche Geschäfte zu schließen. Geschäfte, die gegen die Anordnungen verstoßen, müssen unbedingt den Behörden zur Kenntnis gebracht werden. Wir erwarten, daß der Preiskommissar mit aller Schärfe durchgreift.

### Erfolgreicher Preisabbau.

In Stolpen i. Sa., einem Städtchen von 1800 Einwohnern, haben wir als Vertrauenskörperschaft der etwa 250 Erwerbslosen eine Preissenkungsaktion durchgeführt, die sich in ihrer Ausdehnung schon lassen kann. Der Erwerbslosenausschuß hatte eine Fleischverteilungsstelle errichtet, in der er Fleisch- und Wurstwaren bester Güte an die Erwerbslosen abgab. Schon nach vier Tagen erreichten wir einen Umsatz von 700 M. Der Umsatz wäre noch beträchtlich gesteigert worden, wenn man die auswärtigen Erwerbslosen, die Montags in Stolpen ihre Unterstützung holen, zu Abnehmern gewann. Unsere Fleischverteilungsstelle brachte die Fleischermeister auf. Und der Bürgermeister hielt es für seine Pflicht, mit den Fleischermeistern und dem Erwerbslosenausschuß zu verhandeln, weil durch den außerordentlichen Verkauf die Stadt in steuerlicher Hinsicht geschädigt würde. Der Erwerbslosenausschuß erklärte sich grundsätzlich bereit, mit den Fleischermeistern zu verhandeln. Voraussetzung war, daß sämtliche Fleischermeister erscheinen. Bei den Verhandlungen wurde dann eine Einigung darüber erzielt, daß die Fleischermeister an alle Erwerbslosen, Krisen-, Wohlfahrts- und Rentenempfänger Fleisch und Wurstwaren zu den Richtpreisen des Erwerbslosenausschusses abgeben. Daraufhin wurde unsere Verteilungsstelle aufgehoben. Das Fleischergewerbe mußte sich auch verpflichten, die Preisherabsetzung nicht als vorübergehend zu betrachten und die Waren in derselben Güte wie unsere Fleischverteilungsstelle zu liefern. So ist für Fleischwaren abzugeben an Erwerbslose, Kurzarbeiter usw. eine Preisermäßigung bis zu 40%, für Brot von etwa 20%, für Milch und Butter von etwa 15% unter den üblichen Tagespreisen erreicht worden. Die Waren werden nur an Erwerbslose, Kurzarbeiter usw. abgegeben, die mit einem Ausweis versehen sind. Ein Erfolg, der sich wohl sehen lassen kann!

Gustav Lückfeld, Stukkateur, Stolpen i. Sa.

### Konsumgenossenschaften vor die Front!

Mein Mann, Bataarbeiter, ist seit einem halben Jahr ununterbrochen erwerbslos. Dabei kann ich immer noch von Glück sagen, denn einige seiner Kollegen sind schon anderthalb Jahre zu Hause. Endlich Preisabbau! Das klingt sehr verlockend. Die Erwerbslosenunterstützung soll jetzt reichen. Der Brüning ist doch ein patenter Kerl; er hat für uns was übrig. Aber, o Schreck, er baut die Löhne und Unterstützungen ab, aber nicht die Preise. Dafür drückt man uns die lumpigen Kohlen- und Fleischkarten in die Hand. Unsere Männer seien Saisonarbeiter und verdienen angeblich so viel, daß wir auskommen können. Dasselbe Theater erzählte man uns, als unsere Männer im Schützen-graben lagen. Dieselben Nutznießer wie damals regeln heute die Preise und ziehen uns das Fell über die Ohren. Der Preisabbau kann nur von der Arbeiterschaft selbst kommen, vor allem durch unsere Eigenbetriebe, die Konsumgenossenschaften, nicht von einem Oberbürgermeister-Preiskommissar. Arbeit für unsere Ernährer sollen sie schaffen! Wir wollen unser Elend auch einmal vergessen. Die Beruhigungspillen vom Preisabbau wollen wir nicht. Eine Regierung, die die Preise nicht senken kann, sollte im Abgrund verschwinden!

Hulda Wolgast, Riethorbbausen bei Erfurt.

### Wir halten ihn beim Wort!

„Die schicksalhafte Verbundenheit von Preisen und Löhnen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft bestehen. Sollten heute noch nicht übersehbare Umstände eintreten, die die Wechselbeziehung zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade um eine unerfütterliche Schrammung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, würde die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten werden kann.“ Reichskanzler Dr. Brüning.

Zum Thema „Meine Erfahrungen mit dem Preisabbau“ hat die Schriftleitung diesmal verhältnismäßig wenig brauchbare Zuschriften erhalten. Vielleicht liegt das zum Teil an der irigen Auffassung, daß viele Kollegen der Meinung waren, vor allem sollten die Frauen als Praktiker auf diesem Gebiete zu diesem ihnen mehr geläufigen Thema ihre Erfahrungen mitteilen.

In der nächsten „Bundes-Tribüne“ wollen wir nunmehr wieder ein Thema behandeln, das den Männern mehr liegen dürfte. Es heißt:

### „Was steht bei den Landtagswahlen in Preußen und einigen anderen deutschen Bundesstaaten auf dem Spiele?“

Hierzu sollen unsere Kollegen sprechen, vor allem zu den Fragen der Taktik. Die Nummer, in der die Zuschriften veröffentlicht werden, wird die Nr. 16 des „Grundstein“ sein. Jedenfalls aber müssen alle Einsendungen in dieser Frage bis spätestens zum 1. April eingegangen sein.

Die Schriftleitung.



# Unterhaltung und Wissen



## Goethe und die Arbeiter.

Macht nicht soviel Hebelchen!  
Nicht auf meinen Reichenstein!  
Dieser ist ein Mensch gewesen,  
Und das heißt, ein Künstler sein!  
(Goethe.)

Am 22. März werden es hundert Jahre, seit Goethe dreundschaftlich stirbt. In diesen Wochen und Monaten wird sich zu der schon vorhandenen reichhaltigen Goethe-Literatur eine neue Einstütze ergeben. In Hunderttausenden von Aufsätzen und Reden wird seiner die ganze Welt gedenken.

Wenn ein Gewerkschaftsblatt über Goethe schreibt, kann es nicht seine Aufgabe sein, des großen Genies Fehler und Schwächen oder seine Tugenden aufzuzählen. Was kümmert es uns, ob er Frau von Stein, Käthe Schönkopf, Fräulein Klefentberg oder Friederike Wion mehr, vielleicht auch weniger geliebt hat als Christine Pulpin, mit der er einige Jahre ohne geistlichen Segen lebte, daß er erhaben war über die Weimarer und Jenaer Klatschbuben, allen voran Schillers Frau, die weidlich viel Gift über dieses Zusammenleben verpörrte. Das überlassen wir anderen. Ueberhaupt, der Goethe-Kultus, wie er hier und da getrieben wird, grenzt mitunter schon an übertriebene. Uns kommt es darauf an, einen Blick in Goethes Schaffen zu werfen, um daran zu erkennen, was er uns ist.

Vielmehr wird von Goethe als dem Dichter gesprochen, dessen Schöpfungen für die Ewigkeit geschaffen sind. So ganz stimmt das nun nicht. Im sozialistischen Zukunftsstaat mit veränderten Begriffen über Eigentum und Klasse wird vieles von Goethe einfach nicht verstanden werden, wie wir heute etwa Klopstock verständnislos gegenübersehen. Sein Ideal von der „Persönlichkeit“ ist doch nur im heutigen Staat möglich.

Das Schicksal aller großen Denker und Dichter ist es, daß sie von allzuvielen in Anspruch genommen werden. Es wird in der Regel anders in sie hineingeleitet, als sie selbst geschrieben haben. Daraus ist bei Goethe reichlich viel Gebrauch gemacht worden. Er hat im deutschen Geistesleben seine große Bedeutung. Besonders bei den Durchschnittslesern wird er immer verstanden finden. Wir werden seine Dichtung zu prüfen haben, was er uns für den Klassenkampf gegeben hat, für unsere Freiheitsziele, besser: für unsere Menschheitsziele. Die Arbeiterbewegung hat ihn vielfach für sich reklamiert. Dagegen ist nichts einzuwenden; es darf aber nicht kritisch gesehen werden. Schon Marx hat auf den Zweifelpfad bei Goethe hingewiesen: der geniale Dichter und der Sohn des reichen Frankfurter Patriziers und konservativen Rates, in mancherlei Hinsicht der revolutionäre Dichter und der spielerische Mensch, der von seiner Vergangenheit nicht loskommen konnte. Aus „Dichtung und Wahrheit“ kennen wir die Verhältnisse, unter denen Goethe aufgewachsen war. Drohende Unfreiheit hat ihn veranlaßt, aus dem Sturm und Drang der fünf Jahre, die er in Strakburg, Weimar, Frankfurt verlebte, eine hoffische Stellung in Weimar anzunehmen.

Der große Künstler, der den Götz, den Werther, den Prometheus, den Faust und viel Sprechendes in einziger Ursprünglichkeit gedichtet hat, wurde einige Jahre in Weimar der Kenner des kleinen Staatswesens. Er versuchte, die dort herrschende feudale Besinnung in reformistische Taten umzuwandeln. Der Herzog, der ihn anfangs gewähren ließ, wurde des Fortschritts bald müde, er dremste, wo es ging. Goethe legte seine Staatsämter nieder, floh mehr als daß er reiste, nach Italien. Er empfand die Höflichkeit sehr gut, mit der die Fürsten regieren. So klagt er einmal in einem Brief an Frau von Stein:

„Es ist ein wunderbar Ding im Organismus dieser Welt, so einen politisch-moralischen Grindskopf nur halbwegs in Ordnung zu halten.“  
Er meinte damit die Zustände in Weimar und am Hofe des Herzogs. Wie stark kritisch hat er sich zum Beispiel auch über den Herzog ausgelassen! Er schreibt an Frau von Stein:

„Mich wundert nun gar nicht mehr, daß Führende meist so toll, dumm und albern sind... Der Frosch ist für das Wasser gemacht, wenn er sich gleichwohl eine Zeitlang auf der Erde befinden kann.“

Als er aus Italien zurückkam, widmete er sich nur der Kunst und den Wissenschaften. Den Staatsminister hing Goethe zunächst an den Nagel. Er hatte genug davon. Von seinen amtlichen Schreiben sind viele erhalten geblieben, darunter befinden sich recht originelle Dokumente, schlagfertige, halb literarische, halb amtliche. Mitunter ging er in seinen Verfügungen dazu über, die Weltordnung ganz nett zu kritisieren. Für einen Gewerkschafter stellt es sich herrlich, wenn er gelegentlich einer landwirtschaftlichen Frage schreibt:

„Wenn die Blattläuse auf einem Rosenzweig sitzen und sich dick und groß gelogen haben, dann kommen die Ameisen und laugen ihnen den süßesten Saft aus dem Leib. Und das geht so weiter, wir haben es soweit gebracht, daß oben immer in einem Zuge mehr verzehrt wird, als unten in einem Tage aufgebracht werden kann.“

In einer Rezension eines Wielandschen Romanes äußert Goethe ähnliche Gedanken:

„Die marmorine Nymphe, die Romanen, die Waise, die buntegeleihte Leinwand, welche hohen Grad der Verfeinerung setzen sie voraus? Welche Ungleichheit der Stände, welcher Mangel, welche Armut, wo soviel Reichtum?“

Wir glauben, daß diese Bemerkungen Goethes Beweise dafür sind, daß er die Verbundenheit zwischen Kultur und Wirtschaft durchaus erkannt hatte. Die Wirtschaft kann nicht ohne Kultur sein, diese ist nicht ohne Wirtschaft denkbar, wenn die Arbeit ihren letzten und steifsten Sinn erhalten soll.

Der große Dichter stand auch den übrigen Vorgängen des Lebens nicht fremd gegenüber. Vor allem reizte es

ihn, in die Geheimnisse der Natur einzudringen; die Luft daran verspürte er seit seinen Jugendtagen. Die Universität Jena hatte den Vorteil davon. Ihr gab er eine Sternwarte, ein anatomisches Museum, ein physikalisch-chemisches Kabinett. Er trieb auch noch sehr viel Positives. Seine Naturauffassung, seine Freude an der Geologie, an der Anatomie kommen in seinen „Entwicklungsgeboten“ zum Ausdruck. Für ihn war alles „beständiges Werden und Vergehen“, wie es Marx und Engels in so ausgezeichneter Weise geschichtlich begründet haben. Das Goethe-Wort von dem „vordwärts und aufwärts“ wird für die Arbeiterbewegung immer ein Richtwort bleiben. Anklänge an die materialistische Geschichtsauffassung freilich finden wir bei Goethe erst in den letzten Lebensjahren. Er sah immer nur die großen Menschen, immer nur die allerhöchsten Leistungen. Den mittelmittleren Kräften, die den einzelnen erst zu großen Taten befähigen, den vielen Kleinigkeiten des menschlichen Lebens hat er weniger Bedeutung beigemessen. Auch zur französischen Revolution hat Goethe fast keine Beziehungen gehabt. Was er über sie schrieb, wurde dieser großen Bewegung nicht gerecht. Es entstand in dieser Zeit das Drama „Der Bürgergeneral“, in dem er sich über kleine Lächerlichkeiten und Schwächen der revolutionären Bewegung lustig machte.



Schillers revolutionäre Jugenddramen behagten dem vom Kaiser gedachten „Geheimen Legationsrat“ v. Goethe gar nicht. Ebenfalls fand er aus seiner ganzen Einstellung heraus zu ihnen kein Verhältnis. Er, der im Faust das Sinnbild menschlicher Größe und Erhabenheit gestaltet, hatte keinen Sinn für die weltbewegenden Ideen eines Marat, eines Robespierre, eines Danton. Das hinderte ihn aber nicht, über die Zustände bei uns — wie wir gesehen haben — revolutionär zu denken und zu urteilen. Das Werk „Hermann und Dorothea“ läßt ebenfalls erkennen, wie Goethe sich zur französischen Revolution gestellt hat. Er betrachtete sie als Alibi; aber zehn Jahre später raste sie über Deutschland. Ausgerechnet Jena, wo der Dichter jahrelang geflüchtete Arbeiter, wurde hart davon ergriffen. Die große Wende ging von hier aus. Die alte Zeit wurde in Jena zu Grabe getragen, allerdings die neue noch nicht aus der Asche geboren. Goethe schrieb abnungslos darüber den bemerkenswerten Satz:

„Das alte ist nunmehr vergangen, das neue noch nicht geboren, doch regt sich ja manches, das in einigen Jahren erfreulich werden kann.“

Wir sehen, er hatte doch ein sicheres Gefühl für das, was sich entwickelte. Wir brauchen in diesem Zusammenhang nur an die Arbeiten eines Freiherren von Stein zu erinnern, um Goethes Wort zu verstehen. Was hätte uns Goethe für literarische Denkmäler über diese Zeit hinterlassen können, wenn er sie mehr verstanden und innerlich miterlebt hätte!

Goethe war ein Wahrheitsfanatiker, wie außer ihm vielleicht nur noch wenige. Er wollte, wie er selbst sagt, „das Wirkliche immer nur mit Wirklichem erklären“. Hier ist die Stelle, die ihn mit dem Sozialismus in Zusammenhang bringt. Denken wir nur an seinen Entwurf über die Entwicklung des geselligen Lebens. Gedankengänge, die unserer Auffassung sehr nahe kommen. Seine hohe Bewertung der Tat läßt ihn uns auch verwandt erscheinen. Was hat den Sozialismus, die Gewerkschaft, den Gewerkschaftsgedanken so stark verwurzelt lassen? Daß wir nicht nur mit den Lippen Bekenntnisse ablegten, sondern immer die Tat bevorzugen!

Woh! das steifte und beste, das Goethe geschrieben hat, finden wir im Faust:

„Geschrieben steht: Im Anfang war das Wort!  
Hier stock' ich schon! Wer hilft mir weiter fort?  
Ich kann das Wort so hoch unmöglich schätzen,  
Ich muß es anders übersetzen,  
Wenn ich vom Geiste recht erleuchtet bin.  
Geschrieben steht: Im Anfang war der Sinn!  
Bedenke wohl die erste Zeile,  
Daß keine Feder sich nicht überleile!  
Ist es der Sinn, der Leben wirkt und schafft?  
Es sollte fest'n: Im Anfang war die Kraft!  
Doch auch indem ich dieses niederschreibe,  
Schon wärnt mich was, daß ich dabei nicht bleibe.  
Mir hilft der Geist; auf einmal seh' ich Rat  
Und schreib' getrost: Im Anfang war die Tat!  
Seine hohe Besinnung von der Arbeit, die er über Genuß, Begierde, kurz über alles stellte, muß uns Goethe auch nahebringen. Sie tritt im Faust voll in Erscheinung. Darum

wird diese Dichtung für das Proletariat immer eine künstlerische Großtat bleiben. Hier ist Weltgefühl, das wirtschaftliche Grenzen niederreißt, die Arbeit, die freie, nicht um des Mammons willen, sondern aus Gemeinrang für die Brüder und Schwestern, bejubelt. Über im Faust sind auch die Schwächen seiner „Sicht“ zu finden. Er hat uns, wie Dr. Karl Schröder in der „Bücherverwartung“ sagt, einen Rahmen geliefert, den wir mit neuem Inhalt füllen müssen. Aber auch dieser „Rahmen“ zeigt Anklänge an unsere sozialistische Auffassung. Im kommunistischen Manifest ist die Arbeit als lebendige Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft ist nur ein Mittel, die aufgeschaffte Arbeit zu vermehren, in der neuen Gesellschaft soll die Arbeit das Mittel sein, um den Lebensprozess der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu fördern.“

Das ist Gemeinheitsarbeit. So weit hat jedenfalls Goethe nicht gedacht; zu einer materialistischen, rein stofflichen Arbeit hat er sich noch nicht durchringen können. Im zweiten Teil des Wilhelm Meister in den „Wanderjahren“ gibt er ebenfalls der Freude an der Arbeit lebendigen Ausdruck. Im Faust finden wir folgende schöne Worte:

„Sich ein Gewimmel nicht ich seh'n,  
Auf freiem Grund mit freiem Volk zu steh'n!  
Zum Augenblicke möcht ich sagen:  
Berweide doch, du bist so schön!“

Ueber Goethe und die Technik könnten allein mehrere Artikel geschrieben werden. Er hat Dinge vorausgesehen, die später wirklich eingetroffen sind. Seine Stellung zur Elektrizität, zur Farbenlehre, zur Eisenbahn und zur Dampfmaschine, die damals noch in den Anfängen stand, seine Prophezeiung über den Suezkanal, den Panamakanal, der Verbindung des Meeres mit der Donau, seine Arbeiten auf dem Gebiete der Meteorologie zeigen seine ungewöhnlichen Fähigkeiten.

Es braucht uns nicht wunderzunehmen, daß er über die Bildung und das Wissen ungeheuer hoch gedacht hat. Im zweiten Teil seines „Wilhelm Meister“ hat er ein farbenreiches Bild von Erziehung und Bildung gegeben, nicht nur für den einzelnen, für die Familie, für den Staat, nein, für die ganze Menschheit! Er wird so zum Verkörperer des internationalen Gedankens in reiner Form, ohne die Eigenart des Nationalen verlegen zu wollen. In einem Briefe sagt Goethe:

„Den nationalen Haß werden Sie auf der untersten Stufe immer am stärksten und beständigsten finden. Es gibt aber eine Stufe, bei der er ganz verschwindet. Diese war meiner Natur gemäß; ich habe mich darin lange befestigt, ehe ich mein sechzigjähriges Alter erreichte.“

Aber auch sonst finden wir bei Goethe Vorschläge und Projekte in unendlicher Zahl. Seine Phantasie konnte keine Grenzen finden.

Der Dichter ist kein wissenschaftlicher Denker. Mit der Literatur ist es überhaupt eine eigene Sache. Sie überfordert gewisse Schranken mit souveräner Verachtung, die realen Dinge der Natur sind ihr ebenso untertan wie die Phantasiegebilde übernatürlicher Gedanken. Die innersten Regungen der Seele wie die kümmerlichsten Szenen hat Goethe schwungvoll zur Darstellung gebracht.

So können wir viel von Goethe für unsere Bewegung profitieren, ihn aber nicht ganz für uns in Anspruch nehmen. In seinem hundertsten Todesjahre gedenkt das deutsche Proletariat Goethes als eines großen, seine Zeit weit überragenden Menschen, an dem wir uns immer wieder erfreuen, ohne aber auszurufen: „denn er war unser...“

Millionäre und Juden.

Nach den neuen Ausweisen des Statistischen Reichsamtes gibt es mehr als 3000 Millionäre in Deutschland. Ihre Namen sind uns nicht bekannt, aber bekannt sind uns die reichsten Leute in Deutschland. Die heißen Stinnes, Krupp, Henckell von Donnersmarck, von Goldschmidt-Rothschild, Sobotenlo-Dehringen, Fürst von Dietz, Graf Schaffgotsch, Stamm und Toppfen. Unter diesen reichsten Leuten befindet sich ein einziger Jude; unter den reichsten Männern der Welt, von denen die „New York Times“ zwölf namhaft machte, ist nicht ein einziger Jude. Warum ist es wohl angebracht, den Kampf nicht gegen eine einzelne Gruppe von Menschen zu richten, sondern gegen das System. Die Nazis haben allerdings andere Ansichten — wenn ihr Judenhaß nicht ein Aushängeschild für Dummheit im Geiste ist.

Auf Ammen.

Ein Reichsbannermann hatte einem Nazi bei einem Wortwechsel einige Wahrheiten gesagt, die man öffentlich nicht sagen sollte. Es gab eine Verhandlung, und der Reichsbannermann erhielt fünf Mark Geldstrafe. Am Schluß der Verhandlung fragt er den Richter: „Gestatten Sie! Darf man zu einem Nazi überhaupt niemals Kamel sagen?“

„Nein! Selbstverständlich nicht!“  
„Aber zu einem Kamel darf man doch Nazi sagen?“  
„Das dürfen Sie allerdings!“  
„Na, denn Adieu — Herr Nazi!“

Vom SA-Übungsplatz.

„SA-Mann Strohl! Ihnen muß ich wohl das Grüßen besser beibringen! Den Saß, der eben vorliegend, den haben Sie sehr mangelhaft begrüßt.“  
„Herr Sturmabteilungsleiter! Der Saß ist mein Bruder!“  
„Ganz egal! Und wenn's Ihr Vater wäre, was haben Sie Respekt vor ihm zu haben!“

Aus Sowjetrußland

„Genosse, wohin rennst du?“  
„Aufs Moskauer Telegraphenamt renne ich!“  
„Was willst du da?“  
„Ich habe einen Brief bekommen, daß eine Depesche an mich abgegeben ist, will mal nachsehen, ob sie schon da ist!“

# Sozialgesetzgebung

## Notverordnung und schwebende Krankheitsfälle.

Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sind die Leistungen sämtlicher Pflichtkrankenkassen einheitlich auf die Regelleistungen beschränkt worden. Die Bestimmung hierüber lautet wörtlich: „Zus zu einer anderweitig gesetzlichen Regelung werden die Leistungen aus der Krankenversicherung auf die Regelleistungen beschränkt.“ Auf die Auswirkung dieser Vorschrift wurde in der Tages- und auch in der Gewerkschaftspresse bereits genügend eingegangen. Die Notverordnung sieht nun weiter vor, daß laufende Leistungen durch die Einschränkung in Höhe 1/3 nicht bleiben über die Auslegung dieser Ergänzungsvorschrift herrschen und herrschen auch heute noch Meinungsverschiedenheiten. Es dreht sich hierbei in der Hauptsache darum, wie der Begriff „laufende Leistungen“ ausgelegt wird. Nach den herrschenden Rechtsgrundsätzen der Krankenversicherung sind hier alle laufenden Versicherungsfälle zu verstehen. Unter Versicherungsfälle nun wieder ist der Zeitpunkt oder die Tatsache zu verstehen, die die Inanspruchnahme der Kassenleistungen begründet. Ein beispielsweise ein Versicherter am 1. Dezember 1931 einen Krankheitsfall und geht damit am gleichen Tage zum Arzt, so ist dieser Tag als Eintritt des Versicherungsfalles zu betrachten. Dies gilt auch dann, wenn die Arbeitsunfähigkeit erst später, etwa im Jahre 1932 eintreten sollte. In einem solchen Falle hat demnach der Versicherte noch das höhere Krankengeld zu beanspruchen, da der Versicherungsfall nach im alten Jahre, also vor Inkrafttreten der Notverordnung eingetreten ist. Obgleich dieser Rechtsgrundsatz schon seit Jahren üblich und rechtmäßig ist, sind viele Kassen jetzt davon abgewichen. Sie haben den Versicherten, die nach im Jahre 1931 erkrankt sind, auf Grund der Notverordnung nur die Regelleistungen gemäß § 8. Es ist erfreulich, daß durch eine Entscheidung vom 9. Februar 1932 hier nochmals eine Klärung eingetreten ist. Die Entscheidung, die zugunsten der Versicherten spricht, lautet: „Ein vor dem 1. 1. 1932 erkranktes Kassenmitglied, für das die Kassenleistung als Mehrleistung eine Erhöhung des Hausgeldes durch Zuschläge vorlieht, hat auch Anspruch auf die Mehrleistungen, wenn die Zahlung des Hausgeldes erst nach dem 1. 1. 1932 erforderlich geworden ist.“ Aus der Begründung zu dieser Entscheidung sind folgende Ausführungen erwähnenswert: „Wenn auch der Zweck jeder Notverordnung ist, sofort zu wirken und fähigere finanzielle Entlastung zu bringen, ist der Sinn nach dem klaren Text doch der, bereits eingetretene Versicherungsfälle von der Herabsetzung der Leistungen auszunehmen. Es entspricht aber auch dem Grundgedanken der Krankenversicherung, daß die Kassenleistungen im Verlaufe des Versicherungsfalles nach e in Verhältnissen zu bemessen sind, wie sie bei Beginn der Krankheit vorliegen haben. Darüber hinaus bestimmt die Reichsversicherungsordnung in ihrem § 211, daß für bereits eingetretene Versicherungsfälle die Leistungen zwar erhöht, aber nicht herabgesetzt werden dürfen. Wenn die oben angegebene Entscheidung auch nur von der Veränderung des Hausgeldes spricht, so ist sie doch auch für sämtliche übrigen Mehrleistungen (erhöhtes Krankengeld, Verlängerung der Anspruchsdauer über 26 Wochen usw.) anzuwenden.“

In dieser Richtung liegt bereits eine Anzahl Klagen vor. Wir warnen jeden Kollegen vor Arbeitsannahme bei dieser Firma!

**Olewig, 3. Oberdieselsche Kampel.** In voller Bereitschaft blicken im Bereich unserer Baugewerkschaft nunmehr drei Kollegen auf eine 25jährige ununterbrochene Funktionstätigkeit zurück. Mühe und Arbeit, Aufregungen und Entbehrungen aller Art mußten sie ertragen, um die Organisation vorwärtszubringen. Gerade der Boden in Oberdieselschen ist ganz besonders schwer zu beackern. Viel schlimmer als im übrigen Deutschen Reich schikanierte hier früher die Polizeigewalt unsere Bewegung. Aus der eigenen Wohnung, wo die Kollegen ihre Zusammenkünfte hatten, durch die Polizei vertrieben, mußten sie in die Wälder flüchten, um dort ihre Besprechungen und Versammlungen abzuhalten. Unsere drei Jubilare haben zum Teil auch in anderen deutschen Landesteilen gearbeitet und dann von dort den Organisationsgedanken nach Oberdieselschen verpflanzt. Mit unserem Kollegen Herrmann Baud sind sie von Dorf zu Dorf gezogen, sie haben unermüdet agitiert und dabei auch manchmal eine Tracht Prügel davongetragen. Das Unverständnis der Kollegen für die Organisation war damals noch in großem Umfange vorhanden. Aber unsere drei leben nicht nach, sie fanden Boden und gewannen bei ihrem Mühen auch fleißige Mitarbeiter. Wir nennen davon die Kollegen Anton Wias, Beuthen, Johann



Josef Altmann

ten, um dort ihre Besprechungen und Versammlungen abzuhalten. Unsere drei Jubilare haben zum Teil auch in anderen deutschen Landesteilen gearbeitet und dann von dort den Organisationsgedanken nach Oberdieselschen verpflanzt. Mit unserem Kollegen Herrmann Baud sind sie von Dorf zu Dorf gezogen, sie haben unermüdet agitiert und dabei auch manchmal eine Tracht Prügel davongetragen. Das Unverständnis der Kollegen für die Organisation war damals noch in großem Umfange vorhanden. Aber unsere drei leben nicht nach, sie fanden Boden und gewannen bei ihrem Mühen auch fleißige Mitarbeiter. Wir nennen davon die Kollegen Anton Wias, Beuthen, Johann



Josef Pech

brochen Mitglied. Von 1896 bis 1907 war er Zahlstellenkassierer im Zweigverein Dresden. Seit 1908 ist er Kassierer unserer Zahlstelle Olewig. Der Kollege Adolf Nowak, Hilsenleger, wurde geboren am 28. Januar 1874, er gewerkschaftlich am 5. Oktober 1904 und leitete seit 1905 ununterbrochen die Zahlstelle Oratowitz. Schon so manden Strauß mußte unser Adolf mit den in der dortigen Gegend hausenden Nazis aussetzen, trotzdem läßt sein Mut nicht nach. Wir gratulieren den drei Kollegen zu ihrem Ehrentage, danken für ihre Treue und rege Tätigkeit und wünschen, daß sie noch recht lange im gleichen Sinne wirken mögen!



Adolf Nowak

# Politische Zeitnotizen

Aus dem Deutschen Reichstag. Der Reichstag nahm am 23. Februar nach langer Pause seine Arbeiten wieder auf. Zur Verantw. stand zunächst eine Regierungsvorlage, wonach die Wahltermine für die Reichspräsidentenwahl auf den 13. März und im Falle eines zweiten Wahlganges auf den 10. April festgesetzt werden sollen. In der Aussprache leitete der Reichspräsident die Sache scharf ab, indem er mit Bezug auf die Sozialdemokraten diese die Partei der Deserteure nannte. Das war eine ganz besondere Frechheit dieses kleinen Goebbels. Er kann nicht dafür, daß er körperlich schlecht geraten ist und bedenkl. jüdisch ausseh. dafür kann er aber um so besser über Deserteure reden und auf die Juden schimpfen. Er wurde für seine Frechheit an diesem Tage von der Reichstagsführung ausgeschloffen. Von den Sozialdemokraten ließ Dr. Brüning in der Tat und ihrem deutschnationalen Anhang mit treffenden Worten den Tert. Solche Nazifreudigkeiten seien nur Teile eines ganzen Systems ihrer Agitation. Man müsse sich dagegen wachen, auf diesem Niveau moralischer und intellektueller Verwilderung und Verleumdung zu kämpfen. Das deutsche Volk werde Jahrzehnte brauchen, um wieder moralisch und intellektuell von den Wunden zu erholen, die ihm diese Art „Agitation“ geschlagen hat. Wenn so verhassten Marxismus seien solche persönlichen Schmähigkeiten ausgeschlossen. Die ganze nationalsozialistische Agitation sei ein dauerndes Beispiel an den inneren Schweinehund im Reich. Den Nationalsozialisten sei zum erstenmal in der deutschen Politik die völlige Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen. Die jämmerlichen Verdrängungen aus Nazikreisen gegenüber Andersgeleiteten erwüchsen nur aus dem völligen Fehlen jeder geistigen und wissenschaftlichen Fundierung dieser Bewegung. Der kleine Goebbels habe sich im Reichstag als großer Leichtfertigkeit geäußert und sei doch nur ein migriertes kleines Feuilleton. Die Friedl, Kaufmann und Goebbels jagten oftmals bombastisch: „Wir deutsche Frontkämpfer“, aber manche von ihnen, wie der Nazi Karpenstein, waren zu Beginn des Krieges 11 Jahre alt. Dafür hätten sie das Recht, beim Revanchebild das Maul am weitesten aufzureißen. Die Nationalsozialisten könnten tun und lassen was sie wollen, an dem Grad der sozialistischen Verdrängung würden sie nie heranreichen. — Am zweiten Sitzungstage hörte der Reichstag zwei Reden des Reichswehrministers Crome. Die eine, die sich gegen die Weidmümpfung durch Goebbels richtete, wurde mit höchstem Beifall belohnt, die andere kalt aufgenommen. Herr Crome suchte seinen bekannten Erlaß über die Zulassung von Nationalsozialisten zur Reichswehr zu verteidigen. Er betraf sich dabei auf das Bekennnis Hitlers zur „Legalität“. Diese Zulassung Cromes wurde bald darauf gründlich zerlegt. Als nämlich der Zentrumsdirektor Dr. Brüning die Nationalsozialisten direkt fragte, ob sie gewillt seien, auf dem Boden der Verfassung Arbeitsarbeit zu leisten, da schaltete ihm ein vielstimmiges „Nein! Nein!“ entgegen. Damit dürfte der Legalitätschwandel der Nazis restlos zerlegt sein. Das Ereignis dieses Tages war eine groß angelegte Rede des Genossen Dr. Weisfeld. Allerdings ersterte er lärmende Zwischenrufe der Kommunisten, als er für die Reichspräsidentenwahl die Lösung ausgab: „Nieder mit Hitler. Die Kommunisten schwören nämlich auf ihren Zehlmann. Weisfeld trat zum Schluss für die Einnahme der Front ein, deren Motto nach Ernst Thälmann ist: „Der Gott, der Eilen wackeln ließ, der Nazis wird keine Knecht!“ Thälmann gab es auch in der Sitzung wie in der am Tage zuvor allerlei Rabau. Diesmal war der Hauptredner der Nazi Rosenberg aus Riga, ein Mann dunkler Herkunft, der ebensovietischer Frontkämpfer war wie Herr Goebbels, alle beide kennen den Weltkrieg nur vom Hörensagen. Zu ihnen gesellte sich als dritte Naziexzelle Herr Friedl, der den Krieg in aller Gemütsruhe in Dirmasens verlebte. Edite Edelrasel — Am dritten Verhandlungstag hielt der Reichsminister eine Rede, die aber durch den Rundfunk in ganz Deutschland und Österreich verbreitet wurde. Während sprach klug und fand manche scharfe Punkte gegen den Rechtsradikalismus; er trat lebhaft für die Wiederwahl des Reichspräsidenten ein, jedoch kann seine Rede von unserm Standpunkt aus nur als gemäßigter konservativer eingeschätzt werden. Immerhin erwiesen diese Ausführungen den klaffenden Unterschied in der Staatsauffassung zwischen Brüning und den rechtsradikalen Gruppen. Von sozialdemokratischer Seite analysierte die nationalsozialistische Bewegung vom Klassenstandpunkt aus sehr

richtig Genosse Hoffmann. Rücksichtslos rief er trotz allen Aufgeballs seiner Gegner diesen die Nazis vom darauf abgestellt, unter allen Umständen bei der Reichspräsidentenwahl den Feind zu schlagen, der am weitesten rechts steht. Daß bei den Beratungen auch zwischen durch einige Kommunisten sprachen, bedarf nur der Erwähnung. Die Kommunisten leben nach wie vor den „Hauptfeind“ in der Sozialdemokratie. Dies wird von der Reaktion selbstverständlich schmunzeln quittiert. — Am letzten Verhandlungstage wurde nach allerlei Geplänkel und Rabau abends abgestimmt. Die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung und die Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister wurden abgelehnt, auch ein Antrag auf Auflösung des Reichstags. Eine Anfrage, ob Anträge gegen den Reichstagspräsidenten zulässig seien, wurde verneint. Beschlossen wurde, die Reichsregierung zu eruchen, die Polizeikostenzuschüsse für den Bundesstaat Braunschweig zu sperren. Ferner wird die Reichsregierung erucht, den bekannten und berechtigten Erlaß des Reichswehrministers über den Eintritt in die Reichswehr unverzüglich aufzuheben. Außerdem wurde von der Reichsregierung die Rückgängigmachung des erhöhten Batterspells gefordert. Einmütig wurde beschlossen, die Reichspräsidentenwahl am 13. März und die etwaige zweite Wahl am 10. April vorzunehmen. Dann vertagte sich der Reichstag auf unbestimmte Zeit.

Zur Reichspräsidentenwahl. Die Sozialdemokratische Partei hat einen Aufruf erlassen, wonach die Anhänger dieser Partei aufgefordert werden, bei der Reichspräsidentenwahl einmütig ihre Stimmen Hindenburg zuzuwenden. Ein gleicher Aufruf ist von dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Gewerkschaftsmitglieder gerichtet; er befindet sich auf der 3. Seite in dieser Nummer des „Grundstein“.

Auf abgelehnt. In Notenburg in Hessen hatten die Nazis unsern Genossen Scheidemann zu einer ihrer Versammlungen eingeladen und ihm eine halbhinliche Redezeit angeboten. Im Einladungs schreiben bemerkten sie, sie hätten den Wunsch, Scheidemann nicht nur zu hören, sondern auch ihrem eigenen Redner einen ebendürigen Redner entgegenzustellen. Scheidemann antwortete: „Die Gelegenheit, mich in Notenburg zu hören, haben Sie schon oft gehabt. Leider haben Sie sich jedesmal benommen wie gewisse Geschöpfe, die man normalerweise in Menagerien und Zoologischen Gärten unterzubringen pflegt. Wenn die Notenburger Nazis für ihren Redner einen ebendürigen Begner wünschen, dann sollten sie sich an die Säuglingsfürsorgestelle wenden, da gibt es die besten Schreihälfe.“ Die Antwort ist treffend und außerdem vollkommen wahrheitsgemäß.

Kann reden rechts — kann reden links! Nämlich, ein besessener Nazi-Parasit mit dem arbeitslosen Namen Coen. Er ist nunmehr zur kommunistischen Partei übergetreten. Coen zählt sich, mehr als 9 Jahre der Nazipar-

# Aus den Baugewerkschaften

Duisburg. (Eine kommunistische „Eroberung“) Unter der Vorkantelüberschrift: „R.O.D. erobert Sektionsvorstände im W.B.Z.“ berichtete die „Duisburger Pravda“ vom 9. Februar über einen Wahlsieg der Opposition im „Deutschen Baugewerksbund“, Zahlstelle Hannover. Diese Siegesnachricht wurde gleich geschickt von der „Roten Fahne“ am 11. Februar, von dort hat sie dann den Weg durch den ganzen kommunistischen Blätterwald genommen. Wie war die Sache in Wirklichkeit? In der Zahlstellenversammlung Hannover am 16. Januar sollten 5 Vertreter zur Generalversammlung der Baugewerkschaft Duisburg gewählt werden. Hierbei erhielt die Opposition mit einigen Stimmen die Mehrheit. Wäre nun alles in Ordnung gewesen, so hätte die Opposition (lies: die Beauftragten Moskauer) in einer Vertreterversammlung von 80 Teilnehmern ganz 5 Stimmen gehabt. Damit hätte selbst der russische Reichsgeneral Thälmann den Deutschen Baugewerksbund nicht erobert können. Aber dies war noch zu schön, um wahr zu sein. Daß von 41 stimmberechtigten Versammlungsteilnehmern 80 Stimmen abgehoben wurden, war wohl nach den Grundregeln kein Zufall, „richtig“ recht im W.B.Z. Geltung haben, so mußte die Wahl für unzulässig erklärt werden. Damit war aus dem Sieg der Opposition eine Blamage geworden. Wer mit den Mittel der Lüge, List und Verleumdung Geschäfte machen will, muß sich zunächst das effle Obel, „Laß dich nicht erwidern“ auf merken. Bei der Neuwahl kam es dann so, daß die Opposition die langen Geleister und die Gewerkschaftler die Mandate und Funktionen bekamen. Damit ist in der Baugewerkschaft Duisburg Moskauer Einfluß im Vorstand und in der Vertreterversammlung ausgeschlossen. — Werden nun „rote Fronten“ und ihre Abhänger auch die 3-ben? — Über diese Fragen lassen wohl nicht recht ins Programm der Weltrevolutionäre von Stalin's Onaden. Darum wird der Sänger Schweigen, nicht aus Höflichkeit, sondern aus „Wahrheitsliebe“.

Neumünster. (Warnung vor der Firma „Bauch“) Wir warnen ernstlich vor der vielfach im Deutschen Reich auftretenden Firma „Bauch“, Spezialfirma für Kellerlichtungen, Isolierungen und Befestigung von Schimmeln. Der Inhaber der Firma ist Walter Einhardt in Bradenfeld bei Neumünster. In mehr als 30 Fällen hat diese Firma bisher Maurer eingesetzt, ohne ihnen ihren verdienten Lohn zu zahlen. Die Firma hat keine Geräte verfügt auch über kein Vermögen, so daß bei ihr nichts zu holen ist und unsere Kollegen auf alle Fälle die Geschädigten sind. Wir eruchen, bei Verfassung durch die Arbeitsämter darauf aufmerksam zu machen, daß die Firma, wie vorstehend geschildert, handelt. Das Behahren der Firma ist nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Auftraggeber schädlich, weil die zur Ausführung der Arbeiten bestimmten Materialien nicht verbraucht werden. Auch

Wie das Glatte ist  
Dünne, neue!

REG-Schuhputz  
REG-Leder-ell  
und Lederöl  
REG-Bohnerwachs

wohlfel und hervorragender Qualität aus Deinem  
KONSUM-VEREIN

